

**BESCHLUSSBUCH**  
**Unterbezirksparteitag**  
**Potsdam**  
**3. September 2022**

# Inhaltsverzeichnis

## Leitantrag

Antrag 1/1/2022: Das Potsdam von morgen im Blick – mit Augenmaß und Tatendrang durch schwierige Zeiten

- Beschluss des Parteitages: mit Änderungen angenommen

## Kultur

Antrag 2/1/2022: KulturRaumStadt – Kultur, Stadtentwicklung und soziale Fragen

- Beschluss des Parteitages: angenommen

Antrag 3/1/2022: Sozialdemokratisches Gedächtnis Brandenburgs bewahren

- Beschluss des Parteitages: angenommen

Antrag 4/1/2022: Erinnerungskultur in Potsdam stärken

- Beschluss des Parteitages: angenommen

## Bildung und Jugend

Antrag 5/1/2022: Standards für den Ganzttag an Schulen

- Beschluss des Parteitages: an den Landesparteitag überwiesen, übernommen

Antrag 6/1/2022: Dem „Brandenburger Weg“ folgen für eine koordinierte und effektive Jugendbeteiligung

- Beschluss des Parteitages: angenommen

## Soziales, Gesundheitswesen

Antrag 7/1/2022: Verbesserung der Informationsangebote für Geflüchtete mit psychischen Problemen online sowie in gedruckter Form

- Beschluss des Parteitages: mit Änderung in Prüfantrag angenommen

Antrag 8/1/2022: Klinikum Ernst von Bergmann am Standort in der Mitte Potsdams erhalten

- Beschluss des Parteitages: Überweisung an den Unterbezirksvorstand Potsdam

Antrag 9/1/2022: Unterstützung der Tafel Potsdam

- Beschluss des Parteitages: angenommen

Antrag 10/1/2022: Bürgerservice muss auch analog nutzbar bleiben

- Beschluss des Parteitages: angenommen

## Wohnen

Antrag 11/I/2022: Studentischen Wohnraum schaffen - Wohnsituation entlasten

- Beschluss des Parteitages: überwiesen an den Landesparteitag, angenommen

Antrag 12/I/2022: Eckpunkte für die weitere Stadtentwicklung und den innerstädtischen Verkehrsraum

- Beschluss des Parteitages: an den Unterbezirksvorstand Potsdam überwiesen

Antrag 13/I/2022: Housing First Pilotprojekt in Potsdam

- Beschluss des Parteitages: angenommen

Antrag 14 /I/2022: Aufenthaltsqualität in der Innenstadt erhöhen

- Beschluss des Parteitages: angenommen

## Verkehrspolitik und Infrastruktur

Antrag 15/I/2022: Tarifzonen abschaffen – ein VBB-Tarif für alle

- Beschluss des Parteitages: an den Landesparteitag überwiesen

Antrag 16/I/2022: Straßenbahnnetzausbauen – die kommunale Verkehrswende mitgestalten

- Beschluss des Parteitages: mit Änderungen angenommen

Antrag 17/I/2022: Eine Fußgänger- und Radwegebrücke vom Kiewitt nach Hermannswerder

- Beschluss des Parteitages: angenommen

Antrag 18/I/2022: Straßenbahngleise an Unfallschwerpunkten für Fahrradfahrer sicherer Gestalten

- Beschluss des Parteitages: angenommen

Antrag 19/I/2022: Verkehrsraum in der Innenstadt neu denken: Mensch statt Auto

- Beschluss des Parteitages: in neuer Fassung angenommen

Antrag 20/I/2022: Auswirkungen des 9-Euro-Ticket auf die Städtischen Verkehrsbetriebe

- Beschluss des Parteitages: angenommen

## Umwelt und Ordnung

Antrag 21/I/2022: Dem Müllaufkommen auf öffentlichen und hochfrequentierten Plätzen in Potsdam gerecht werden

- Beschluss des Parteitages: angenommen

Antrag 22/I/2022: Energiesicherheit/ Klimaschutz in Brandenburg

- Beschluss des Parteitages: an den Landesparteitag überwiesen

Antrag 23/I/2022: 1000-Dächer-Solarprogramm Potsdam

- Beschluss des Parteitages: angenommen

## Gleichstellungspolitik

Antrag 24/1/2022: Sprachliche Barrieren abbauen

- Beschluss des Parteitages: angenommen

Antrag 25/1/2022: Frauen in der Geschichte Potsdams sichtbar machen

- Beschluss des Parteitages: angenommen

Antrag 26/1/2022: „Luisa“ soll auch nach Potsdam!

- Beschluss des Parteitages: angenommen

Antrag 27/1/2022: Vergessene Frauen in Straßennamen sichtbar machen

- Beschluss des Parteitages: angenommen

## Organisationspolitik

Antrag 28/1/2022: Für einen solidarischen Wahlkampf und eine paritätisch besetzte  
Stadtfraktion

- Beschluss des Parteitages: an den Unterbezirksvorstand Potsdam überwiesen

## Leitantrag

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31

### **Leitantrag 1/I/2022: Das Potsdam von morgen im Blick – mit Augenmaß und Tatendrang durch schwierige Zeiten**

**Antragstellende Gliederung/ AG: Vorstand SPD Potsdam**  
**Beschluss des Parteitages: mit Änderungen angenommen**

#### **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

Die Potsdamer Sozialdemokratie steht für Verantwortungsbewusstsein und den Anspruch, die Landeshauptstadt mit Augenmaß und guten Ideen stetig weiterzuentwickeln. In drei Jahrzehnten hat die SPD Potsdam mit ihren Oberbürgermeistern, den Stadtverordneten und vielen engagierten Mitgliedern ihren Beitrag zu einer prosperierenden, beliebten und attraktiven Landeshauptstadt mit rasantem Bevölkerungswachstum und hoher Zufriedenheit der hier lebenden Menschen geleistet. Der Anspruch einer behutsamen Stadtentwicklung steht dabei für sozialen Ausgleich, nachhaltige Entwicklung und das Bewusstsein für das reiche Erbe der Stadt. Als Potsdam-Partei bekennen wir uns dazu, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die Landeshauptstadt gut durch die Krise in dieser Zeit zu führen. Gleichzeitig wollen wir den Blick vorauswerfen und das Potsdam von morgen (mit)gestalten.

#### **Herausforderungen gemeinsam und solidarisch meistern**

Seit dem 24. Februar 2022 ist die Welt eine andere. Der völkerrechtswidrige, russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat über Jahrzehnte gewachsene Gewissheiten über den Haufen geworfen. Unsere Solidarität gilt den um ihre Freiheit kämpfenden Menschen in der Ukraine.

Infolge des Krieges haben Europa, aber auch andere Teile der Welt, mit Energiemangel und steigenden Preisen zu kämpfen.

Potsdam steht auf einem starken Fundament. Ein gesunder Haushalt und solide aufgestellte, kommunale Unternehmen bieten in Krisenzeiten gute Voraussetzungen, Herausforderungen gemeinsam und solidarisch zu meistern. Die Stadtpolitik ist in der Verantwortung, das Mögliche zu leisten, um besondere Härten für die Potsdamer Bürgerinnen und Bürger abzufedern und die Stadt gut durch schwierige Zeiten zu führen.

Stark steigende Energiepreise, eine hohe Inflation und die anhaltende Corona-Pandemie fordern allen Potsdamerinnen und Potsdamer viel ab. Solidarität und die Verteidigung unserer Werte

32 haben ihren Preis. Nicht immer gibt Menschen- und Bürgerrechte zum Nulltarif. Umso wichtiger  
33 ist es zusammenzustehen und sich gegenseitig unter die Arme zu greifen – im Großen in einem  
34 vereinten Europa und hier vor Ort in der Stadtgesellschaft.

35 Insbesondere für unsere kommunalen Unternehmen gibt es in dieser Situation  
36 Gestaltungsmöglichkeiten, um soziale Härten abzufedern. So kann etwa ein Mietenmoratorium  
37 bei der städtischen Pro Potsdam eine große Sicherheit für Menschen bieten, die aufgrund der  
38 aktuellen Situation ihre Miete kaum zahlen können. Wir rufen die Genossenschaften und private  
39 Vermieterinnen und Vermieter auf, vergleichbare Lösungen zu finden. Hilfestellungen und  
40 Lösungen mit Augenmaß bedarf es auch für Kundinnen und Kunden der EWP, die ihre Strom-  
41 und Gasrechnungen aufgrund stark steigender Preise nicht mehr oder nicht rechtzeitig bezahlen  
42 können.

43 Einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Land, Kommune, Wirtschaft und Gesellschaft  
44 bedarf es, um die Vielfalt kultureller und sozialer Angebote Potsdams zu bewahren, um die  
45 Vielzahl der bereits durch die Pandemie gebeutelten kleinen Unternehmen zu unterstützen und  
46 vor allem den Kindern und jungen Menschen in Schulen, Hochschulen und  
47 Ausbildungseinrichtungen das Leben und Lernen wieder leichter zu machen.

48 Bei allen Entscheidungen, um die aktuelle Krise zu bewältigen, ist es wichtig, die strukturelle  
49 Krise des Klimawandels nicht aus dem Blick zu verlieren. Klimaschutz und Nachhaltigkeit  
50 müssen weiterhin wesentliche Grundsätze der Potsdamer Stadtpolitik bleiben.

51 Krisen sind oft die Stunde der Populisten. Sie schüren Angst und Unsicherheit und vermitteln mit  
52 vermeintlich einfachen Antworten eine trügerische Sicherheit, die selten Substanz hat aber  
53 Sprengkraft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bildet. Wir bekämpfen die Angst mit einer  
54 Politik die auf starken Werten und dem Teilen von Wissen und basiert. Wir setzen auf eine klare  
55 Kommunikation unserer Politik. Wir setzen auf einen klaren Kompass, Augenhöhe und Dialog.  
56 Unbequeme Entscheidungen dürfen nicht vermieden werden, sie bedürfen aber einer  
57 nachvollziehbaren, guten Erklärung.

### 58 **Ein lebenswertes Potsdam für alle**

59 Kommunaler Wohnungsbau und genossenschaftliches Wohnen basieren auf einem  
60 Solidaritätsprinzip, von dem Bestandmieterinnen und -mieter, nachwachsende Generationen  
61 sowie Hinzuziehende profitieren. Die Stadt für alle, die wir wollen, ist eine Stadt für alle  
62 Menschen – für die, die hier schon Leben und die, die hier leben wollen. Für die, die sich hier

63 verändern, Familien gründen oder hier alt werden wollen. Was wir nicht wollen, ist eine Stadt  
64 nur für die, die ihren eigenen Status quo auf Kosten anderer sichern wollen.

65 Es soll keine Entlastung per Gießkanne geben, sondern wir wollen bezahlbares Wohnen für jene  
66 stärken, die durch den extrem angespannten Wohnungsmarkt wirtschaftlich und sozial wirklich  
67 betroffen sind.

68 Der Marktanteil von 40% von Pro Potsdam und Genossenschaften soll wieder erreicht werden.  
69 Der Anteil des sozialen Wohnungsbaus soll weiter steigen. Instrumente, wie schnellere  
70 Steuerung und schnelleres Bauen, serielles Bauen und Sanieren, Flächenoptimierung und  
71 Aufstockungen können dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

72 Aber auch die weitere Stärkung aktiver kommunaler Bodenpolitik muss in den Fokus rücken –  
73 Grund und Boden sind für eine am Allgemeinwohl ausgerichtete, nachhaltige Stadtentwicklung  
74 zu nutzen. Künftig soll kein kommunaler Boden mehr verkauft werden. Der Pro Potsdam sollen  
75 weiterhin Flächen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, um sozialen, beziehungsweise  
76 Mietpreis-gedämpften Wohnungsbau zu forcieren. Auch weiterhin sollen kommunale Flächen  
77 nach Konzeptvergabe, bevorzugt in Erbbaupacht, vergeben werden.

78 Insbesondere in Entwicklungsgebieten sollen soziale und nachhaltige Grundsätze wesentliche  
79 Entscheidungsmaßstäbe bilden. Eine entsprechende Weiterentwicklung des  
80 Flächennutzungsplanes soll vorbereitet werden.

81 Wir begrüßen das Engagement der Bundesregierung im Bereich Wohnen, Bauen und  
82 Stadtentwicklung, wie zum Beispiel die Entwicklung einer neuen Wohngemeinnützigkeit, die  
83 Förderung für sozialen Wohnungsbau und neue Bauweisen sowie Handhaben gegen  
84 leistungslose Gewinne durch Baulandspekulationen.

### 85 **Für eine vielfältige und lebendige Partei**

86 Die SPD Potsdam ist eine vielfältige und lebendige Partei. Sie vereint unterschiedlichste  
87 Biografien, Hintergründe, Menschen aus allen Teilen der Stadt. Als Potsdam-Partei steht sie für  
88 alle Teile der Stadt – die Vorstädte und Ortsteile, die Innenstadt und Babelsberg, die  
89 neuentstandenen Quartiere von vor und nach dem Mauerfall.

90 Die Lockdowns während der Corona-Pandemie waren auch für das Parteileben eine  
91 Herausforderung. Digitale Formate waren während der Kontaktbeschränkungen eine große  
92 Hilfe, sie ersetzen aber nicht das persönliche Miteinander. Mit unseren Stadtteilspaziergängen

93 haben wir einen ersten Schritt unternommen, Mitglieder aus den verschiedenen Ortsvereinen  
94 zusammenzubringen und bekannte und unbekannte Seiten unserer Stadt (wiederzu-  
95 )entdecken.

96 Mit dem Konzept der inhaltlichen und organisatorischen Arbeitsgruppen haben wir den  
97 Grundstein für die Wiederbelebung des Parteilebens nach der Pandemie gelegt. In den  
98 Arbeitsgruppen vereint sich das vielfältige Wissen und der reiche Erfahrungsschatz der  
99 Potsdamer SPD-Mitglieder. Das Ergebnis sind gute Ideen und starke Impulse für die  
100 Kommunalpolitik. Das Konzept der Arbeitsgruppen wollen wir beibehalten und wo notwendig,  
101 anpassen. Der Gründung neuer Arbeitsgruppen stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

102 „Die Seniorenpolitik der Landesregierung basiert auf einem differenzierten Altersbild, das die  
103 Vielfältigkeit des Alters sowohl hinsichtlich der Potentiale als auch der besonderen Probleme  
104 und Hilfebedarfe berücksichtigt.“ (Zitat aus der Präambel der Seniorenpolitischen Leitlinien des  
105 Landes Brandenburg 2019.) Diesem Leitgedanken ist auch die SPD Potsdam verpflichtet. Ihre  
106 Aufgabe und die der AG SPD 60plus im Besonderen ist es, Probleme zu erkennen, diese zu  
107 benennen und Vorschläge zu deren Behebung zu machen.

108 Die SPD Potsdam möchte auch den Blick über die Stadtgrenzen hinauswerfen. Die  
109 Zusammenarbeit über mit den Nachbarunterbezirken und der Berliner SPD soll gestärkt werden.  
110 Unsere Landtags- und Bundestagsabgeordneten sowie Mitglieder der Bundes- und  
111 Landesregierung sind wichtige Multiplikatoren der Sozialdemokratie in der Stadt

## Kultur

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41

### **Antrag 2/1/2022: KulturRaumStadt – Kultur, Stadtentwicklung und soziale Fragen zusammendenken**

Antragstellende Gliederung/ AG: Vorstand SPD Potsdam

Empfehlung der Antragskommission: Zustimmung mit Änderung

Beschluss des Parteitages: angenommen

### **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

Die SPD-Stadtfraktion wird aufgefordert die Rahmenbedingungen für die Koppelung von Kultur, nachhaltiger Stadtentwicklung und sozialen Projekten zu stärken und zu verbessern. Es müssen geeignete Strukturen geschaffen werden, mithilfe derer Bürger:innen den Kulturraum Stadt erleben und mitgestalten können – auch durch ressortübergreifenden Fokus auf das Thema Kultur, mehr Zusammenarbeit der relevanten Bereiche in Politik und Verwaltung und übergreifende Förderfonds.

Das Brandenburgische Kulturland Themenjahr 2023 zur „Baukultur“ bildet Anlass, Struktur und Fördermöglichkeiten, die dabei genutzt werden sollen.

Mit folgenden drei Schwerpunkten soll das Zusammendenken von kultureller und sozialer Stadt und Stadtentwicklung beispielhaft vorangebracht werden:

1. Den Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt soll im Rahmen kultureller Teilhabe die Möglichkeit gegeben werden, ihr bauliches Lebensumfeld und den öffentlichen Raum mithilfe künstlerischer Mittel zu gestalten und auf diese Art auch vernachlässigte, mit Angst besetzte oder funktionslose Orte auf- und umzuwerten. Dabei soll das gesamte Stadtgebiet in den Blick genommen und als Experimentierfeld betrachtet werden. Künstlerischen Initiativen, Nachbarschaftsnetzwerken, Vereinen und Anwohner:innen soll die Möglichkeit gegeben werden, gemeinsam mit Künstler:innen die Stadt neu zu denken und den öffentlichen Raum im Sinne der Allgemeinheit zu aktivieren, um ihn so der Stadt, aber auch sich selbst auf eine besondere Weise zu erschließen. Dabei sollen künstlerische Formate wie Festivals, Performances, bildnerische Gestaltungsaktionen oder Theaterinszenierungen zum Einsatz kommen.
2. Der Kulturraum der Stadt soll den Menschen in Potsdam als Erlebnis- und Begegnungsraum und auch jenseits institutioneller kultureller Strukturen zur Verfügung stehen. Die Entwicklung der vergangenen Jahre, in denen es gerade – aber nicht nur – für junge Menschen immer schwieriger wurde, sich im Stadtraum zu bewegen, ohne in Nutzungskonflikte zu geraten, ist gefährlich. Denn kulturelle Räume sind immer Aushandlungsräume – wo es sie nicht gibt, fehlen Möglichkeiten und Fähigkeiten, Ziel- und Nutzungskonflikte der Stadt gemeinsam zu bewältigen. Der Entwicklung soll durch die Schaffung flexibler Begegnungsorte ohne Konsumzwang entgegengewirkt werden – ähnlich dem in München jüngst verstetigten Modell der "Stadtterrassen". Orte, die temporär von Kultureinrichtungen, Vereinen, Bürgerhäusern, Jugendclubs oder privaten

42           Initiativen geschaffen, bespielt und auch im Sinne der gemeinsamen Fürsorge für den  
43           öffentlichen Raum verantwortet werden wirken gesellschaftlicher Spaltung entgegen.

44

45 **Begründung:**

46

47 Die Stadt Potsdam ist – wie jede Stadt – ein komplexer kultureller menschlicher Lebensraum.  
48 Die Art, wie wir zusammenleben, die historische und gegenwärtige Gestaltung unserer  
49 Lebenswelt, die Weise, wie wir als Stadtgesellschaft mit den Veränderungen und Krisen unserer  
50 Zeit umgehen, unsere Werte und Konflikte, sind allesamt Teil unserer kulturellen Umwelt.

51

52 Jede Person – das hat die „Erklärung von Davos“ der europäischen Kulturminister:innen von  
53 2018 festgehalten – muss unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Sprache, religiöser und  
54 politischer Anschauung das Recht haben, diese kulturelle Umwelt zu erleben, sie zu teilen und  
55 ihr anzugehören.

56

57 Wir setzen uns als SPD Potsdam dafür ein, diesem Anspruch in der wachsenden Stadt Potsdam  
58 dadurch gerecht zu werden, indem wir Kultur, Stadtentwicklung und soziale Fragen  
59 zusammenzudenken. Wir wollen Möglichkeitsräume schaffen, um mit Kultur Lösungsansätze  
60 für gesellschaftliche Fragen jenseits von Gewinnoptimierung und Effizienzsteigerung zu  
61 entwickeln und Gefühle von Krise, Angst und Ohnmacht zu überwinden.

62

63 Wir wollen eine Kulturpolitik stärken, die in alle gesellschaftlichen Gruppen und Räume  
64 hineinwirkt und für die Leitgedanken der Zugänglichkeit, der Begegnung und der Partizipation  
65 in keinem Widerspruch zur hohen künstlerischen Qualität des Potsdamer Kulturangebots und  
66 der Einzigartigkeit des kulturellen Erbes der Stadt stehen.

67

1 **Antrag 3/I/2022: Sozialdemokratisches Gedächtnis Brandenburgs bewahren**

2 Antragstellende Gliederung/ AG: Vorstand SPD Potsdam

3 Empfehlung der Antragskommission: Zustimmung

4 Beschluss des Parteitages: angenommen

5

6

7 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

8

9 Der Landesvorstand soll aufgefordert werden sicherzustellen, dass Nachlässe und  
10 Bestände der Sozialdemokratie in Brandenburg zukünftig räumlich, fachlich und digital  
11 sachgerecht gesammelt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Dies soll  
12 nicht nur die Arbeit der Landespartei unterstützen, sondern auch die ehrenamtliche  
13 Arbeit der Parteigliederungen.

14

15 **Begründung:**

16

17 Das u.a. durch die Aktivitäten der Historischen Kommission der SPD Brandenburg ins  
18 Leben gerufene Interesse an der Geschichte der Sozialdemokratie in Brandenburg hat  
19 gezeigt, wie wichtig es ist, die zahlreichen noch zugänglichen Nachlässe und Bestände  
20 hier vor Ort angemessen zu sammeln und zu analysieren. Diese Initiative steht einer  
21 langfristigen Überführung der Bestände an die FES (Archiv der sozialen Demokratie in  
22 Bonn) nicht im Wege, sondern erleichtert die weitere Einordnung und Bewertung  
23 erheblich.

- 1 **Antrag 4/I/2022: Erinnerungskultur in Potsdam stärken**
- 2 **Antragstellende Gliederung/ AG: Vorstand SPD Potsdam**
- 3 **Empfehlung der Antragskommission: Zustimmung mit Änderungen**
- 4 **Beschluss des Parteitages: angenommen**

5  
6

7 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

8

9 Die SPD-Stadtfraktion wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die ‚Erinnerungskultur‘ in  
10 Potsdam zukünftig durch die Einrichtung eines Förderbudgets zu stärken, auf den die im Bereich  
11 aktiven Initiativen mit Projekten bewerben können.

12

13 **Begründung:**

14 Die Stadt Potsdam bedarf einer Ergänzung ihrer Erinnerungskultur in den Themenfeldern:  
15 Industrieentwicklung, Arbeiterbewegung, NS-Täter und -Tatorte, Frauenbewegung,  
16 Reformbewegungen, Demokratischer Aufbruch 1989.

17

18

19 Die in diesen Bereich tätigen Initiativen sollen durch Förderung in die Lage versetzt werden, sich  
20 verstärkt der Forschung, Dokumentation und Vermittlung/Bildungsarbeit zu widmen.

21

## Bildung und Jugend

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37

### **Antrag 5/1/2022: Standards für den Ganzttag an Schulen**

**Antragstellende Gliederung/ AG: Vorstand SPD Potsdam, OV Potsdam-West**

**Empfehlung der Antragskommission: Überweisung an Landesparteitag**

**Beschluss des Parteitages: Überweisung an den Landesparteitag**

**Der Parteitag der SPD Potsdam möge beschließen:**

Wir fordern für die Umsetzung der ganztags schulischen Bildung und Betreuung an Schulen einheitliche Standards – differenziert nach Schulform-, die systematisch und ressourcengerecht, für individuelle und passgenaue Vor-Ort Lösungen sorgen sollen. Dabei sind die Möglichkeiten zur Verschränkung der Gesundheitsvor- und Fürsorge, der Grundsatz der Chancengerechtigkeit in der Bildung, der individuellen Förderung der Kinder nach deren Interessen und/oder Begabungen, der Demokratiebildung sowie der sinnstiftenden Freizeitgestaltung und des sozialen Lernens zu nutzen und, sofern erforderlich, auszubauen. Ferner sind Schulen, die sich zur Aufgabe gemacht haben, jedes Kind, unabhängig von Bildungsgangempfehlungen und Förderbedarfen, aufzunehmen besonders zu unterstützen.

Der Grundsatz in der Umsetzung besteht darin, schulisches Lernen und soziales Lernen zu verbinden. Damit können nicht nur Disparitäten ausgeglichen, sondern auch „weiche Ziele“ wie Integrationsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler oder Demokratielernen sinnvoll miteinander verbunden werden. Die Beteiligung der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler an der Umsetzung wird als essenziell angesehen. Der Einsatz von multiprofessionellen Teams in der Umsetzung der ganztags schulischen Konzepte sollte vorrangig vor dem Einsatz von Lehrkräften erfolgen.

### **Begründung**

Die Schule ist der Spiegel der Gesellschaft. Schule ist damit die Summe der Individuen in ihr, auf die unterschiedliche Lebenseinflüsse einwirken und auf die sich ein Schulalltag unterschiedlich und nachhaltig auswirkt.

Schule kann, darf und muss sich dieser Herausforderung stellen. Um das zu leisten, braucht sie das entsprechende Werkzeug. Der Ganzttag bietet die Möglichkeit, unabhängig der ökonomischen und zeitlichen Ressourcen der Eltern beste Start- und Entfaltungsbedingungen für die Kinder zu schaffen. Gleichzeitig sieht die empirische Bildungsforschung die ganztags schulische Bildung und Betreuung als einen Schlüssel das schulische und das soziale Lernen gut ineinander greifen zu lassen und damit für die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler beste Startchancen in das Leben zu ermöglichen.

1 **Antrag 6/I/2022: Dem „Brandenburger Weg“ folgen für eine koordinierte und effektive**  
2 **Jugendbeteiligung**

3 **Antragstellende Gliederung/ AG: Jusos Potsdam**

4 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme empfohlen**

5 **Beschluss des Parteitages: angenommen**

6  
7

8 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

9

10 Die SPD-Stadtfraktion wird aufgefordert, sich in der Stadtverordnetenversammlung für die  
11 Erarbeitung von geregelten und dauerhaften Jugendbeteiligungsstrukturen und -prozessen  
12 unter Einbeziehung aller relevanten Akteur\*innen aus Jugendarbeit, Zivilgesellschaft  
13 (insbesondere Kinder und Jugendliche), Verwaltung und Politik einzusetzen.

14 Der vom Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg (KiJuBB)<sup>1</sup> erarbeitete  
15 „Brandenburger Weg“ (Anlage) soll hierfür als Vorlage dienen.

16 Ergebnis dieses Prozesses soll ein mit allen relevanten Akteur:innen abgestimmter  
17 Handlungsleitfaden für die Verwaltung sein, der transparent einsehbar und konkret  
18 festgehalten regelt, welche Zielgruppen zu welchen Gegenständen mit welcher Intensität und  
19 Methode beteiligt werden, wie der Beteiligungsprozess dokumentiert wird und in welcher Form  
20 die Zielgruppen direkt an der politischen Entscheidungsfindung beteiligt werden bzw. das  
21 Ergebnis des jeweiligen Beteiligungsprozesses in der politischen Entscheidungsfindung  
22 Berücksichtigung findet.

23 Die erarbeiteten Strukturen und Prozesse sollen so schnell wie möglich an konkreten  
24 Beteiligungsgegenständen erprobt werden. Ein Erprobungsbeispiel kann die drängende Frage  
25 von öffentlichen Räumen für Jugendliche in Potsdam sein – beispielsweise über die Beteiligung  
26 der Ideen von Kindern und Jugendlichen für die Gestaltung des Platzes der Einheit.

27

28 **Begründung:**

29

30 Die Absätze 1 und 2 des Paragraphen 18a der Brandenburgischen Kommunalverfassung regeln:  
31 „(1) Die Gemeinde sichert Kindern und Jugendlichen in allen sie berührenden  
32 Gemeindeangelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte. (2) Die Hauptsatzung  
33 bestimmt, welche Formen zur eigenständigen Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in der  
34 Gemeinde geschaffen werden. Kinder und Jugendliche sind an der Entwicklung der Formen  
35 angemessen zu beteiligen.“

36 Diese Vorgaben hat die Stadt Potsdam in § 3a ihrer Hauptsatzung verankert. Begrüßenswert ist  
37 insbesondere, dass in Absatz 1 Satz 2 bereits konkrete Beteiligungsformate aufgeführt sind: „Die  
38 Beteiligung erfolgt in einer angemessenen, zielgruppengerechten Form, insbesondere durch a.  
39 Werkstattverfahren (Information, Diskussion, Ideensammlung) b. Umfragen- und  
40 Befragungen“.

---

<sup>1</sup> <https://jugendbeteiligung-brandenburg.de/>

41 Diesen grundsätzlich sehr positiven Aspekten steht entgegen, dass koordinierte Strukturen und  
42 Prozesse für einen kontinuierlichen Austausch mit Kindern und Jugendlichen und für die Kinder-  
43 und Jugendarbeit relevanten Stellen fehlen.

44 Die Grundvoraussetzungen für eine starke Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sind in  
45 Potsdam gegeben: u. a. mit dem Kinder- und Jugendbüro des Stadtjugendrings, der  
46 Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen, dem sich derzeit im Aufbau befindlichen  
47 Jugendbeirat, einem Jugendvertreter im Jugendhilfeausschuss der  
48 Stadtverordnetenversammlung, zahlreichen Kinder- und Jugendclubs und Begegnungszentren,  
49 parteipolitischen Jugendverbänden und jugenddominierten lokalen Gruppen (beispielsweise  
50 klima-, menschenrechts-, kultur-)politischer Bewegungen. Lediglich an der Vernetzung und  
51 Koordinierung der vielen Ideen dieser Gruppen mangelt es derzeit.

52 Dieses Potenzial zu nutzen, indem alle relevanten und interessierten Akteur:innen  
53 zusammenkommen und gemeinsam mit Politik und Verwaltung Verfahren für eine koordinierte  
54 und effektive Jugendbeteiligung erarbeiten und festlegen, ist Ziel dieses Antrags – damit junge  
55 Menschen ihre Stadt mitgestalten können!

56  
57  
58

59 **Anlage: Grafik "Brandenburger Weg"**



60

## Soziales, Gesundheitswesen

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40

**Antrag 7/I/2022: Verbesserung der Informationsangebote für Geflüchtete mit psychischen Problemen online sowie in gedruckter Form**

**Antragstellende Gliederung/ AG: Vorstand SPD Potsdam**

**Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung**

**Beschluss des Parteitages: mit Änderung in Prüfantrag angenommen**

**Der Parteitag der SPD Potsdam möge beschließen:**

Die SPD Potsdam empfiehlt der SPD-Stadtfraktion Potsdam den Oberbürgermeister zu beauftragen....

das Informationsangebot auf der Internetseite der Stadt Potsdam für geflüchtete Menschen mit psychischen Problemen zu verbessern. Darüber hinaus soll die Stadt Potsdam ein anschauliches Informationspaket (Flyern, Broschüren und Visitenkarten) mit Fokus auf das bereits bestehende Hilfsangebot für traumatisierte Geflüchtete entwickeln. Dieses Paket soll als eine Art „Willkommenspaket“ den Geflüchteten in den Gemeinschaftsunterkünften bereitgestellt werden. Geflüchtete Menschen müssen dabei niederschwellig vor Ort erreicht werden.

Insbesondere Expert:innen sollen an der genauen Ausgestaltung mitwirken. Die neu überarbeitete Internetseite sowie das „Willkommenspaket“ mit Informationsangeboten muss mehrsprachig, kultursensibel und Adressaten gerecht angepasst werden.

### **Begründung**

Die bereits bestehende Seite der Stadt Potsdam „Wichtige Adressen zum Thema Migration und Integration“ stellt zu wenige, fehlerhafte und zu allgemein gehaltene Informationen zur Verfügung. Ein umfangreiches und gut strukturiertes Informationsangebot online sowie in gedruckter Form würde den betroffenen Personen niederschwellig und ohne zu große Hürden den ersten Schritt vereinfachen.

Rund drei Viertel der in Deutschland lebenden Schutzsuchenden haben unterschiedliche Formen von Gewalt erfahren und sind oft mehrfach traumatisiert. International konnte eine Prävalenzrate von rund 30 % für Posttraumatische Belastungsstörungen und depressive Erkrankungen bei Geflüchteten festgestellt werden. Dabei sehen wir insbesondere die neuen Wohnstädte, so auch Potsdam, in der Pflicht für diese Menschen Verantwortung zu tragen.

Gerade Geflüchtete benötigen den notwendigen Schutz, Sicherheit und psychotherapeutische Versorgung, damit sie das Erlebte verarbeiten und sich ein neues Leben aufbauen können.

1 **Antrag 8/1/2022: Klinikum Ernst von Bergmann am Standort in der Mitte Potsdams erhalten**  
2 **Antragstellende Gliederung: OV Babelsberg**  
3 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme empfohlen**  
4 **Beschluss des Parteitages: Überweisung an UBV Potsdam**

5  
6

7 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

8

9 Das städtische Klinikum Ernst von Bergmann einschließlich der Poliklinik und der am Standort  
10 befindlichen Töchter, wie die Kinder- und Jugendklinik des KWB, muss als *die* zentrale  
11 Einrichtung für die Gesundheitsversorgung und -vorsorge in Potsdam am bisherigen Standort in  
12 der Mitte der Stadt erhalten bleiben. Nur dort kann eine gute Erreichbarkeit für alle  
13 Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden.

14

15 Deshalb sollen bei zukünftigen Planungen insbesondere die Einheiten des Klinikums, die direkt  
16 von Bürgerinnen und Bürgern angelaufen werden, am Standort in der Stadtmitte verbleiben.  
17 Eine Verlagerung von anderen Einheiten ist abhängig von räumlichen und technischen  
18 Erfordernissen denkbar.

19

20 Ein Neubau am bisherigen Standort ist einer Sanierung vorzuziehen, um eine optimale und  
21 zeitgemäße medizinische Versorgung bei einer wachsenden Bevölkerung unter Beachtung  
22 ökologischer Gesichtspunkte sicherzustellen.

23

24 **Begründung:**

25 Nach dem COVID-19-Ausbruch im städtischen Klinikum 2020 hat eine Diskussion über dessen  
26 strategische Neuausrichtung begonnen. In diesem Zusammenhang wurde auch ein Neubau als  
27 Alternative zum Verbleib in den jetzigen Gebäuden vorgeschlagen. Details sollen in einer  
28 Machbarkeitsstudie geprüft werden.

29 Innerhalb dieser Überlegungen stellt die SPD Potsdam fest, dass das Klinikum seinen für eine  
30 Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger wohnortnahen und auch mit dem ÖPNV gut erreichbaren  
31 Standort beibehalten muss. Mit der Rückkehr in den Tarif für die Klinikbeschäftigten ist ein  
32 großer Schritt getan, dass „Ernst von Bergmann“ als soziale und allen zugängliche Institution der  
33 Daseinsvorsorge in Potsdam zu stärken. Eine klare Entscheidung für den bisherigen Standort in  
34 der Mitte Potsdams ist hierfür jetzt der logische nächste Schritt. Dies berücksichtigt auch die  
35 Interessen der mehr als 2000 Beschäftigten, von denen eine Vielzahl von einer  
36 Standortverlagerung unmittelbar negativ betroffen wären.

37 Wegen der bekannten Probleme bei der Verfügbarkeit von Baugrundstücken im Stadtgebiet  
38 besteht zudem die Gefahr, dass ein Neubau des Klinikums im Umland errichtet werden müsste.  
39 Das hätte gravierende Folgen für die medizinische Versorgung der Landeshauptstadt, für die  
40 Kooperation mit anderen Gesundheitseinrichtungen, Dienstleistern und niedergelassenen  
41 Ärzt:innen sowie für die Mitarbeitenden der Klinikbetriebe.

42 Wir rufen zugleich dazu auf, Maßnahmen in den Klinikbetrieben zu planen und umzusetzen, die  
43 eine moderne, bürgerfreundliche Gesundheitsvorsorge und -versorgung durch das Klinikum und  
44 die angeschlossenen Einrichtungen dauerhaft sichern. Die Qualität der Dienstleistungen muss  
45 dabei im Vordergrund stehen, ohne die Wirtschaftlichkeit zu vernachlässigen. Eine  
46 Zusammenarbeit mit anderen Krankenhäusern und mit Hochschulen in Brandenburg und Berlin,  
47 eine forcierte Digitalisierung, eine bessere Investitionsförderung durch das Land sowie eine  
48 verstärkte Ausrichtung auf wichtige Zukunftsfelder der Medizin und der Pflege sollen dazu  
49 beitragen, diese Ziele zu erreichen.

1 **Antrag 9/I/2022:** Unterstützung der Tafel Potsdam

2 Antragstellende Gliederung/ AG: AG 60plus

3 Beschluss des Parteitages: angenommen

4

5

6 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

7 Die Zahl der auf Lebensmittelhilfe durch die Tafel angewiesenen Personen ist stark gestiegen.

8 Da zu deren Versorgung mehr Lebensmittel eingesammelt werden müssen, fallen deutlich mehr

9 Transporte an, die zudem durch die stark gestiegenen Kraftstoffpreise größere finanzielle Mittel

10 erfordern. Die SPD Potsdam fordert Stadtverwaltung und Stadtverordnete auf, Möglichkeiten

11 einer kurzfristigen Hilfe zu suchen, damit die Tafel weiter ihre wichtige Funktion erfüllen kann.

12

13 **Begründung**

14 Es muss sichergestellt werden, dass die Tafel weiterhin die auf Lebensmittelhilfe

15 angewiesenen Familien unterstützen kann.

16

1 **Antrag 10/I/2022:** Bürgerservice muss auch analog nutzbar bleiben

2 Antragstellende Gliederung/ AG: AG 60plus

3 Beschluss des Parteitages: angenommen

4

5 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

6 Die SPD Potsdam begrüßt die Bemühungen von Oberbürgermeister und Stadtverwaltung, beim

7 Bürgerservice durch Verbesserungen der technischen Ausstattung zu erreichen, dass er den

8 vielfältigen Anforderungen rascher und effizienter entsprechen kann. Eine Ausweitung des

9 Online-Angebots der Stadtverwaltung muss aber wirklich barrierefrei gestaltet werden.

10 Außerdem muss auch weiterhin die analoge Möglichkeit im Umgang mit der Verwaltung und

11 insbesondere bei Anträgen für Dokumente und für staatliche Leistungen erhalten bleiben.

12 Berechtigte Ansprüche dürfen nicht nur online geltend gemacht werden können.

13

14 **Begründung**

15 Zwar gibt es vielfältige Initiativen, den wachsenden Anteil älterer Menschen unserer

16 Gesellschaft zu ertüchtigen, mit digitalen Geräten und Systemen umgehen zu können. Der

17 Fortschritt auf diesem Gebiet ist jedoch so schnell, dass dies nicht immer gelingt. Außerdem

18 steht es in der Wahlfreiheit eines und einer jeden, sich der digitalen Kommunikation zu

19 verweigern. Deshalb muss auf absehbare Zeit der analoge Zugang sicher gestellt bleiben.

## Wohnen

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37

**Antrag: 11/I/2022: Studentischen Wohnraum schaffen - Wohnsituation entlasten**  
**Antragstellende Gliederung/ AG: OV Potsdam-Nord/West, OV Potsdam-Mitte/Nord; OV  
Potsdam-West**

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme mit Änderung**  
**Beschluss des Parteitages: An den Landesparteitag überwiesen**

### **Der Unterbezirk möge beschließen:**

Der Landesvorstand der SPD Brandenburg wird aufgefordert innerhalb der Landesregierung weiterhin darauf hinzuwirken, dass im Koalitionsvertrag gesetzte Ziel einer Versorgungsquote von 20% studentischem Wohnen<sup>1</sup> am Hochschulstandort Potsdam sicherzustellen. Für das Erreichen dieses Ziels wäre der Neubau von ungefähr 3000 Wohneinheiten nötig.

Dies könnte beispielsweise durch die Erstellung einer eigenen Förderrichtlinie<sup>2</sup> des Landes für studentischen Wohnraum und Förderprogramme für den Bau von studentischen Wohnungen begleitet werden und durch das prioritäre zur Verfügung stellen von Baugrundstücken des Landes

Außerdem soll sichergestellt werden, dass bei der Erweiterung der Universitätsstandorte auch eine Erweiterung der studentischen Wohnheime des Studierendenwerks erfolgt.

### **Begründung**

Gleiche Bildungschancen für alle heißt auch, ausreichend bezahlbaren Wohnraum für Studierende zu schaffen. Die Wohnheime des Studierendenwerkes reichen hierfür nicht aus, da hier nur ca. 10% der Studierenden ein Zimmer erhalten können. Private Wohnheime sind dafür nicht geeignet, da diese nur aus wirtschaftlichen Interessen handeln und Wohnungen zu teuer anbieten. So liegen Mietkosten hier über 200€ über der Wohnkostenpauschale des BAföG.

Auch auf dem restlichen Wohnungsmarkt sind nur schwer kostengünstige Wohnungen bzw. Plätze in einer WG zu finden, da aufgrund des großen Zuzuges nach Potsdam insgesamt bezahlbarer Wohnraum fehlt.

Die Studierenden konkurrieren hier bisher mit anderen finanzschwachen Menschen. Ein Neubau von ausreichend Studierendenwohnheimen würde dafür sorgen, dass kostengünstige Wohnungen in Potsdam frei werden und wieder für den Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen. Die derzeit geplanten Bauprojekte reichen nicht aus, um die Versorgungsquote nennenswert zu erhöhen. Deshalb müssen die Studierendenwerke stärker beim Neubau von Wohnheimen gefördert werden.

---

<sup>1</sup> siehe Zeile 389ff.

[https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3833.de/Koalitionsvertrag\\_Endfassung.pdf](https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3833.de/Koalitionsvertrag_Endfassung.pdf)

<sup>2</sup> orientiert werden kann sich an der Richtlinie des Landes Bayern: [https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVV\\_2330\\_B\\_12220-44](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVV_2330_B_12220-44)

38 **Zahlen und Fakten**

39 Derzeit leben 27.281 Studierende in Potsdam<sup>3</sup>. Die Studierenden wohnen dabei meist in  
40 Studierendenwohnheimen des Studierendenwerkes, privaten Wohnheimen oder privaten WGs.  
41 Die Mieten belaufen sich beim Studierendenwerk auf durchschnittlich 251€<sup>1</sup>. Bei meist der  
42 selben Ausstattung fordern hier private Wohnheime das Doppelte an Miete (Youniq - 499€<sup>4</sup>,  
43 How8 - 595€<sup>5</sup>, TheTwenty - 480€<sup>6</sup>, Semmelhaack - 500€, BaseCamp - 590€<sup>7</sup>) und sind für viele  
44 Studierende nicht zu bezahlen (so liegt die Wohnkostenpauschale beim BAföG bei 325€).

45  
46 Das Studierendenwerk besitzt in Potsdam 2511 Wohnplätze, was einem Versorgungsgrad von  
47 9,2% entspricht<sup>1</sup>. Die Studierendenwohnheime sind dabei voll ausgelastet (97%<sup>1</sup>), da sich jedes  
48 Jahr über 4000 Studierende auf einen Platz im Wohnheim bewerben (4523 im Jahr 2020).  
49 Studierende müssen am besten also weit vor Studienbeginn oder Zusage sich auf einen Platz  
50 bewerben.

51  
52 Derzeit gibt es zwei Bauvorhaben, wodurch bis 2024 400 und bis 2027 weitere 80  
53 Wohneinheiten entstehen sollen.

54 Rechnet man aus den Daten der Geschäftsberichte, sowie der Bauvorhaben die voraussichtliche  
55 Entwicklung der Versorgungsquote hoch, so würde eine Versorgungsquote von 20% erst um ca.  
56 2070 erreicht werden, wenn man den Anstieg der Studierendenzahlen nicht mit einberechnet  
57 und davon ausgeht, dass die Geschwindigkeit des Baus von Wohnheimen nicht erhöht wird.

58  
59 Folgeantrag für [Antrag 21/I/2018](#)

60  
61

---

<sup>3</sup> Geschäftsbericht des Studierendenwerkes 2020 - [https://www.studentenwerk-potsdam.de/fileadmin/user\\_upload/Dateien/Publikationen/Geschaeftsbericht/Studentenwerk\\_Potsdam\\_Geschaeftsbericht\\_2020\\_web\\_24062021.pdf](https://www.studentenwerk-potsdam.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Publikationen/Geschaeftsbericht/Studentenwerk_Potsdam_Geschaeftsbericht_2020_web_24062021.pdf)

<sup>4</sup> <https://youniq-living.com/location/potsdam/bornstedt/>

<sup>5</sup> <https://how8.de/apartments/#apartment1>

<sup>6</sup> <https://the-twenty.de>

<sup>7</sup> <https://www.basecampstudent.com/de/standorte/deutschland/potsdam/>

1 **Antrag 12/I/2022: Eckpunkte für die weitere Stadtentwicklung und den innerstädtischen**  
2 **Verkehrsraum**

3 **Antragstellende Gliederung/ AG: AG 60Plus**

4 **Empfehlung der Antragskommission: Überweisung an den Unterbezirksvorstand**

5 **Beschluss des Parteitages: Überweisung an den Unterbezirksvorstand**

6  
7  
8 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**  
9

- 10 1. Die SPD 60plus Potsdam begrüßt die Ergebnisse der Werkstatt „Innenstadt - Straßenräume  
11 neu denken!“. Insbesondere hält sie es für eine zukunftsweisende Entscheidung, Parkplätze für  
12 Besucher aus dem Straßenraum zu streichen und dadurch mehr autofreie Räume in der  
13 Innenstadt zu schaffen. Freie Kapazitäten der Parkhäuser sollen stattdessen stärker genutzt  
14 werden. Bei Bedarf muss deren Erweiterung jedoch möglich sein. Zugleich wird begrüßt, dass  
15 mehr Fahrradwege ausgewiesen und Fahrradparkplätze bereitgestellt werden sollen.  
16
- 17 2. Die AG 60plus Potsdam fordert den Unterbezirksvorstand der SPD auf, sich gegenüber den  
18 Stadtverordneten und der Stadtverwaltung dafür einzusetzen, folgende Eckpunkte für die  
19 weitere Stadtentwicklung und den innerstädtischen Verkehrsraum zu berücksichtigen:  
20 - Wohnen ist ein Grundrecht, Wohnraum darf deshalb nicht zum Spekulationsobjekt  
21 verkommen. Folglich ist der Anteil geförderter Wohnungen zu erhöhen, der  
22 genossenschaftliche Sektor weiter zu stärken.  
23 - Bisher ist die Barrierefreiheit nur sehr eingeschränkt verwirklicht. Vor dem Hintergrund des  
24 Europäischen Rechtsaktes zur Barrierefreiheit (EU Accessibility Act) und der Umsetzung  
25 in nationales Recht mit Wirkung von 2025 gilt es, größere Anstrengungen in dieser Hinsicht  
26 zu unternehmen. In Wohnblocks muss zum Beispiel durchgesetzt werden, dass mobilitäts-  
27 eingeschränkte Menschen die Fahrstühle, die häufig erst im Hochparterre beginnen,  
28 problemlos erreichen können. Dafür sind weitere Finanzmittel bereitzustellen.  
29 - Bei der Planung von neuen Wohnquartieren muss ausreichend Parkraum in Form von  
30 Tiefgaragen und Parkhäusern vorgesehen werden. Das beiderseitige Parken am Straßen-  
31 rand muss zukünftig dort vermieden werden, wo Straßenquerschnitte unangemessen  
32 eingeschränkt werden. Beispiele für bestehende Probleme sind verschiedene Straßen in der  
33 Brandenburger Vorstadt.  
34 - Für Besucher Potsdams ist das Park&Ride-System auszubauen, um damit das Parken  
35 auf den dafür ausgewiesenen Flächen außerhalb zu befördern.  
36 - Es gilt im Bestand der Wohnquartiere ausreichend Freiräume zwischen den Gebäuden zu  
37 erhalten. Für ein angenehmes Stadtklima und die notwendige Durchlüftung sind sie  
38 unverzichtbar. Deshalb muss sich die SPD Potsdam gegen eine weitere Verdichtung  
39 positionieren, die das Ziel einer lebenswerten Stadt beeinträchtigt bzw. in Frage stellt.  
40 - Die SPD Potsdam muss sich dafür einsetzen, in der Stadt neue Modelle und Techniken

- 41 des raschen seriellen Bauens zu nutzen, um dem Wohnungsbedarf besser zu entsprechen.  
42 - Ziel der SPD muss es sein, so viele Geflüchtete mit Kindern wie möglich in Wohnungen,  
43 statt in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen. Das darf jedoch nicht zu Lasten schon  
44 länger wartender Potsdamer gehen. Es muss unbedingt vermieden werden, dass sich durch  
45 nicht nachvollziehbare Wohnungsvergaben zwischen Teilen der Stadtgesellschaft  
46 Spannungen verschärfen oder Konflikte entwickeln.
- 47 - Die Befahrbarkeit der Fußwege muss für Kinderwagen, Rollstühle und Rollatoren  
48 problemlos  
49 möglich sein. Wo dies nicht der Fall ist, müssen die Gehwege entsprechend gestaltet oder  
50 ausgebaut werden
- 51 - Die Takte der Fußgängerampeln müssen auf die langsamere Fortbewegung älterer  
52 Menschen angepasst werden.

53

54 **Begründung**

55 Die AG 60plus steht für eine generationsübergreifende Zusammenarbeit und fordert Respekt  
56 für alle unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft. Sie setzt sich dafür ein, dass auch ihre  
57 Kinder und Enkel noch eine lebenswerte Zukunft haben und eine so weit als möglich intakte  
58 Umwelt übernehmen können. Dies auf die Stadtgesellschaft herunter gebrochen führt unter  
59 anderem zu den o.a. Eckpunkten.

60

1 **Antrag 13/I/2022: Housing First-Pilotprojekt in Potsdam**  
2 **Antragstellende Gliederung/ AG: Vorstand SPD Potsdam**  
3 **Beschluss des Parteitages:angenommen**

4

5 Der Unterbezirksparteitag Potsdam möge beschließen:

6

7 Die SPD Potsdam empfiehlt der SPD-Stadtfraktion sich dafür einzusetzen, *Housing-First*<sup>1</sup> als  
8 Pilotprojekt in Potsdam zu etablieren. Housing-First sieht- im Gegensatz zur gängigen  
9 Vorhergehensweise- vor bei der (Re-)integration von obdachlosen Menschen diesen zuerst eine  
10 Wohnung zur Verfügung zu stellen und dann die begleitenden Maßnahmen folgen zu lassen.  
11 Die dafür notwendigen Ressourcen und personellen Voraussetzungen sind durch entsprechende  
12 organisatorische und finanzielle Maßnahmen bereitzustellen. Dies beinhaltet einen  
13 entsprechenden Träger zu finden, sowie Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Hier müssen  
14 Gespräche mit Wohnungsbauunternehmen,-Genossenschaften und sonstigen  
15 Wohnungseigentümern geführt werden. Das beinhaltet **Wohnen ohne Vorbedingungen** zu  
16 etablieren, ohne Zwang den Betroffenen die **Wahlmöglichkeit und Entscheidungsfreiheit** zu  
17 überlassen, sowie eine **Grenze zu ziehen zwischen Wohnen und Betreuung**. Augenmerk liegt hier  
18 auf **Harm-Reduction**<sup>2</sup>, **Recovery**<sup>3</sup>-**Orientierung, Personenzentrierte Hilfeplanung** und eine **aktive**  
19 **Beteiligung der betroffenen ohne Druck oder Zwang**. Es ist zu gewährleisten, dass die **flexible**  
20 **Unterstützungsmöglichkeiten für so lange wie möglich bereitstehen.** <sup>4</sup>

21

22 **Begründung:**

23 Die Zahl der Wohnungs-bzw. Wohnungslose in Potsdam, beläuft sich laut  
24 Wohnungslosenstatistik der Landeshauptstadt Potsdam zum Zeitpunkt Januar 2022 auf 614,  
25 mit Ausnahme der Dunkelziffer. Auffällig hierbei ist das in der Landeshauptstadt im Vergleich  
26 zum Bundesdurchschnitt der Anteil an Wohnungslosen Familien und Kindern sehr hoch ist.  
27 Bundesweit sind durchschnittlich 33% der Wohnungslosen Menschen Frauen, in Potsdam 35%.  
28 Noch erschreckender ist die Differenz von wohnungslosen Kindern, hier sind bundesweit  
29 durchschnittlich 8% der Wohnungslosen Kinder und in der Landeshauptstadt Potsdam 27%.  
30 Deshalb sollte sich Housing-First in Potsdam hauptsächlich auf diese personengruppen  
31 konzentrieren. Bei Housing-First wird die Wohnungslosigkeit unmittelbar beendet und flexible  
32 wohnbegleitende Hilfen zum dauerhaften Wohnen angeboten. Hierbei rückt der eigene  
33 Wohnraum an die erste  
34 Stelle. Derzeit müssen die Betroffenen meist ihre "Wohnfähigkeit" beweisen und  
35 Gemeinschaftsunterkünfte sowie Trainingswohnungen durchlaufen. Der Wohnraum wird  
36 meist nach Erfüllung von Auflagen angeboten. Da dieser häufig nicht vorhanden oder teilweise  
37 nur befristet ist, droht eine erneute Wohnungslosigkeit und der sogenannte "Drehtüreffekt"  
38 stellt sich ein.  
39 Bei Housing-First besteht von Anfang an ein gewöhnliches, unbefristetes Mietverhältnis samt  
40 allem Recht und Pflichten. Zusätzlich werden den Betroffenen wohnbegleitende Hilfen aktiv

---

<sup>1</sup> Anglizismus: Zuerst Wohnen

<sup>2</sup> Übersetzt- Schadensminderung

<sup>3</sup> Übersetzt- Erholung/Genesung

<sup>4</sup> Die Acht Säulen des Housing-First-Ansatzes

41 angeboten und dadurch ermutigt ihre Probleme gemeinsam zu beheben. Die Annahme der  
42 Hilfen ist, im Gegensatz zum herkömmlichen System, nicht verpflichten.

43

44 Der Housing-First-Ansatz stützt sich auf acht Säulen:

45

46 1. Wohnen als Menschenrecht:

47

- 48 - Betonung Recht auf Wohnen, welches sich nicht verdient werden muss
- 49 - Wohnraum wird zuerst und nicht zuletzt angeboten
- 50 - Wohnraum wird ohne jegliche Voraussetzungen (persönliche Entwicklung, Abstinenz
- 51 von Alkohol und Drogen) angeboten

52

53 2. Wahlfreiheit und Entscheidungsmöglichkeit für Betroffene:

54

- 55 - den Teilnehmenden wird zugehört und deren Meinung wird respektiert
- 56 - die Teilnehmenden können gültige Entscheidungen über die Art und Weise ihres
- 57 Lebensstil treffen
- 58 - die Teilnehmenden entscheiden selbst über Art der Unterstützung

59

60 3. Trennung von Wohnen und Betreuung:

61

- 62 - räumliche Trennung von Vermietung und Sozialberatung
- 63 - Unterstützung so lange wie nötig angeboten
- 64 - wird Hilfe nicht mehr benötigt, bleibt Wohnverhältnis weiterhin bestehen

65

66 4. Recovery-Orientierung:

67

- 68 - Augenmerk gänzlich auf Wohlbefinden der Teilnehmenden
- 69 - Fokus auf physische und psychische Gesundheit des Einzelnen sowie sozialer
- 70 Inklusion

71

72 5. Harm-Reduction:

73

- 74 - Bereitstellung von Betreuung und Behandlung
- 75 - keine Abstinenz von Alkohol und Drogen vorausgesetzt

76

77 6. Aktive Beteiligung ohne Druck und Zwang:

78

- 79 - auffordernde, nicht aggressive bedrängende, Art/Form der Zusammenarbeit mit den
- 80 Teilnehmenden

81

82 7. Personenzentrierte Hilfeplanung:

83

- 84 - Organisation von Betreuung und Behandlung rund um die individuellen Bedürfnisse
- 85 der Teilnehmenden
- 86 - Fokus auf Wahlfreiheit und Entscheidungsmöglichkeiten

87

88 8. Flexible Unterstützung für so lange wie nötig:

89

- 90 - angebotene Hilfen nicht an Wohnung gebunden
- 91 - zieht ein\*e Mieter\*in aus und benötigt weiterhin Hilfe, wird diese auch bereitgestellt
- 92 - wird keine Hilfe mehr benötigt, bleibt das Mietverhältnis bestehen
- 93

1 **Antrag 14/I/2022: Aufenthaltsqualität in der Innenstadt erhöhen**

2 Antragstellende Gliederung/ AG: AG 60plus

3 **Beschluss des Parteitages: angenommen**

4

5 Der UB-Vorstand wird aufgefordert, gegenüber den Stadtverordneten der SPD-Fraktion und der  
6 Stadtverwaltung darauf zu dringen, dass die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt durch mehr  
7 Grünpflanzen und Sonnenschutz erhöht wird. Dies gilt insbesondere für große gepflasterte  
8 Flächen wie den Alten Markt, den Luisenplatz und die Brandenburger Straße. Der Neue  
9 Lustgarten hat als zentraler Ort großer Veranstaltungen eine etwas andere Funktion, wodurch  
10 der Begrünung und Verschattung Grenzen gesetzt sind

11 **Begründung**

12 In diesem Sommer machen sich die Folgen des Klimawandels stärker bemerkbar als bisher.  
13 Darauf muss die Stadt zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger reagieren und die Folgen der  
14 Hitzeperioden wie das Aufheizen der großen gepflasterten Flächen abmildern. Dies kann durch  
15 stärkere Begrünung der Flächen oder im Falle der Brandenburger Straße durch zwischen den  
16 Häusern gespannte Sonnensegel geschehen. Denkmalschutz darf in diesen Fällen nicht als  
17 Totschlagargument missbraucht werden. Die Politiker der Stadt tragen Verantwortung für das  
18 Wohlergehen der derzeitigen Bevölkerung und nicht für das der Menschen vergangener  
19 Jahrhunderte. An die sich durch den Klimawandel immer schneller ändernden  
20 Rahmenbedingungen müssen sinnvolle Anpassungen stattfinden, um den Aufenthalt in unserer  
21 reizvollen Innenstadt auch weiterhin angenehm zu gestalten.

22

## Verkehrspolitik und Infrastruktur

**Antrag 15/1/2022: Tarifzonen abschaffen – ein VBB-Tarif für alle**

**Antragstellende Gliederung/ AG: Vorstand SPD Potsdam**

**Empfehlung der Antragskommission: Überweisung an den Landesparteitag**

**Beschluss des Parteitages: Überweisung an den Landesparteitag**

**Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

Die Landesregierung, die SPD-Landtagsfraktion und die Landeshauptstadt Potsdam, als Gesellschafter der Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg, werden aufgefordert, die Abschaffung der VBB-Tarifzonen zu prüfen.

### **Begründung**

Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ist ein deutschlandweites Erfolgsmodell. Als einziger vereint er zwei Bundesländer in einem Tarifgebiet. Der VBB ist mittlerweile über 20 Jahre alt und daher macht es Sinn, sein Konzept weiterzuentwickeln. Nach dem Vorbild des Semestertickets der Brandenburger Hochschulen soll geprüft werden, unter welchen Voraussetzungen ein einheitlicher Tarif für den ganzen Verkehrsverbund geschaffen werden kann.

Berlin und sein Speckgürtel sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten erheblich gewachsen, jedoch wurden in diesem Zeitraum nicht die Tarifzonen angepasst. Besonders deutlich wird dieser Umstand bei der Preisgestaltung, insbesondere für PendlerInnen aus der Tarifzone Berlin C oder Gebieten Brandenburgs, die außerhalb davon liegen, ist Pendeln spürbar teurer als innerhalb Berlins. Für nicht wenige erscheint es daher sinnvoll, mit dem Auto in die nächste günstigere Tarifzonen zu fahren, um von dort den Zug zu nehmen. Dies könnte ebenfalls überflüssig gemacht werden.

1 **Antrag 16/I/2022: Straßenbahn- und Busnetz ausbauen – die kommunale Verkehrswende**  
2 **mitgestalten**

3 **Antragstellende Gliederung/ AG: Vorstand SPD Potsdam**

4 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme mit Änderung**

5 **Beschluss des Parteitages: mit Änderungsanträgen angenommen**

6

7 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

8

9 Der Unterbezirksparteitag fordert die SPD-Stadtfraktion auf, sich zeitnah für den Ausbau und die  
10 Weiterentwicklung des Straßenbahn- und Busliniennetzes einzusetzen. Dazu gehören  
11 insbesondere:

- 12 - Weiterbau der Straßenbahnlinie von Krampnitz über Fahrland nach Marquardt und der  
13 weitere Ausbau des Bahnhofs Marquardt zum Verkehrsknotenpunkt im Potsdamer  
14 Norden.
- 15 - Prüfung des Weiterbaus der Straßenbahn vom Bahnhof Rehbrücke über den Bahnhof  
16 Medienstadt zur Endhaltestelle Fontanestraße und damit Schaffung eines  
17 Straßenbahnringes für den Potsdamer Süden und Osten.
- 18 - Entwicklung eines Zukunftskonzepts „Regionaler ÖPNV“ für den Bau von  
19 Straßenbahnlinien nach Stahnsdorf, Michendorf, Geltow, beziehungsweise Werder und  
20 zum Bahnhof Wannsee
- 21 - Weiterleitung der Buslinie 609 von Kartzow zum Bahnhof Priort
- 22 - Zunächst aber müsste das bestehende Angebot verlässlich bedient werden. Dafür sind  
23 durchgreifende Maßnahmen in technischer und personeller Hinsicht erforderlich, die  
24 entsprechend finanziell untersetzt werden.

25

26 **Begründung**

27

28 Die Potsdamer Straßenbahnlinien sind das Rückgrat des ÖPNV der Landeshauptstadt. Im  
29 Gegensatz zu anderen Städten wurde ihr Liniennetz nicht wesentlich reduziert oder gar gänzlich  
30 abgebaut. Die Straßenbahnen sind aufgrund ihrer Kapazität und ihrer guten Klimabilanz  
31 wesentliches Element der kommunalen Verkehrswende. Ihr Ausbau schafft die Voraussetzung,  
32 den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren und die Straßen weiter zu entlasten.

33 Für die Anbindung der Nachbargemeinden an das Straßenbahnnetz gab es bereits immer wieder  
34 einzelne Überlegungen. Diese gilt es nun zu konkretisieren und erste Schritte in Richtung  
35 Umsetzung zu gehen, um der wachsenden Verflechtung in der Region gerecht zu werden und  
36 innerstädtische Durchgangsverkehre in Potsdam zu reduzieren. Letzteres gilt auch für die  
37 Verlängerung der Buslinie 609 von Kartzow nach Priort, Eine Anbindung an den dortigen  
38 Bahnhof würde es insbesondere Berlinpendlern aus Fahrland, Satzkorn, Kartzow, Krampnitz und  
39 Neu Fahrland ermöglichen, zügig das Berliner Zentrum mit der Regionalbahn zu erreichen.

40

41

42

1 **Antrag 17/I/2022: Eine Fußgänger- und Radwegebrücke vom Kiewitt nach Hermannswerder**  
2 **Antragstellende Gliederung/ AG: Vorstand SPD Potsdam**  
3 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme mit Änderung**  
4 **Beschluss des Parteitages: angenommen**

5  
6 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

7  
8 Die SPD-Potsdam fordert die Stadtfraktion auf sich bei der Stadtverwaltung Potsdam dafür  
9 einzusetzen, die Planungen der Fußgänger- und Fahrradwegebrücke zwischen „Auf dem  
10 Kiewitt" und "Hermannswerder" als Ersatz für die Fährverbindung des öffentlichen Nahverkehrs  
11 wieder aufzunehmen, um optimal bis zum Ende der Betriebszeit der Fähre in 2024 fertig zu sein  
12

### 13 **Begründung**

14  
15 Die Stadt Potsdam ist durch den Verlauf der Havel geprägt. Die Einwohner wissen um die  
16 gesteigerte Lebensqualität aufgrund der Wassernähe. Gleichzeitig bestimmt der Flusslauf auch  
17 die Möglichkeiten der Infrastruktur und Verkehrsteuerung. In vergleichbaren Städten mit viel  
18 Wasser, wie z.B. Ulm, geschieht diese Steuerung der Bewegungsmöglichkeiten vermehrt durch  
19 kleinteiligere Brückenbauten für FußgängerInnen und Fahrradfahrer:Innen. Die Stadt Potsdam  
20 regelt dies allein mit den beiden großen Autobriden, der Langen Brücke und der  
21 Humboldtbrücke, zum Nachteil von mobilen Potsdamer:Innen ohne PKW. Dies entspricht nicht  
22 den aktuellen Ansprüchen an Stadtmobilität und ist somit nicht zukunftsfähig. Im Gegenteil: Es  
23 behindert die weitere positive Entwicklung Potsdams.

24 Jeden Tag bewegen sich - nach aktueller Erhebung - zwischen 5.000 und 8.000 Menschen  
25 zwischen dem Kiez in Potsdam West und Hermannswerder (Potsdam Süd). Für ein modernes  
26 Zusammenwachsen dieser Stadtteile benötigt es einer kleinteiligeren Lösung. Dies muss  
27 schnellstmöglich durch den Bau einer Fußgänger- und Radwegebrücke geschehen. Damit würde  
28 auch der ökologisch wünschenswerte Umstieg vom PKW im allgemeinen Innenstadtverkehr  
29 befördert werden.

30 Zumal die Seilfähre durch ihre technische Anfälligkeit (1/3 der Fährzeit in 2021 außer Betrieb)  
31 und durch den Betriebsschluss um 18:25 Uhr die Erreichbarkeit weiter stark einschränkt. Für die  
32 AnwohnerInnen wächst dadurch der Fahrt(weg) über die Lange Brücke von wenigen hundert  
33 Metern auf über vier Kilometer enorm an. Die Brücke würde eine ganztägige und ganzjährige  
34 Nutzung ermöglichen.

35 Bezüglich der sozialen Absicherung und weiteren Einsatzmöglichkeiten der Fährkapitäne  
36 bestehen hinsichtlich der Einsatzmöglichkeiten u.a. in Potsdam, Caputh und Berlin keine  
37 Bedenken.

38 Darüber hinaus müssen der Denkmalschutz bezüglich des benachbarten Schillerplatzes und die  
39 technische Anforderung der Havel als Bundeswasserstraße mit bedacht werden. Der generelle  
40 Gewinn durch vermehrte Fußgänger- und Radwegebrücken – auch an anderen Stellen Potsdams  
41 – wäre auch das Zusammenwachsen und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Stadtteile.  
42

1 **Antrag 18/I/2022: Straßenbahngleise an Unfallschwerpunkten für Fahrradfahrer sicherer**  
2 **gestalten**

3 **Antragstellende Gliederung/ AG: OV Babelsberg**

4 **Empfehlung der Antragskommission: Zustimmung**

5 **Beschluss des Parteitages: angenommen**

6

7 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

8

9 Auf Abschnitten im Straßenraum, in denen der Straßenbahn- und Fahrradverkehr nicht baulich  
10 getrennt sind oder vermehrt Querungen vorkommen, beispielsweise in der Rudolf-Breitscheid-  
11 Straße zwischen den Haltestellen Wattstraße und Rathaus Babelsberg, soll durch  
12 Modellversuche nach Möglichkeiten gesucht werden, wie die Straßenbahngleise beim Neubau  
13 derart gestaltet oder im Bestand derart ausgestattet werden können, dass Unfälle von  
14 Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern vermieden werden. Dabei soll auf Erfahrungen eines  
15 entsprechenden Modellversuches der Stadt Zürich zurückgegriffen werden, bei dem die Rillen  
16 mit einem Spezialgummi gefüllt wurden, um eine ebenerdige Fahrbahn zu schaffen.

17

18 **Begründung:**

19

20 Immer wieder kommt es zu schweren oder gar tödlichen Unfällen von Fahrradfahrerinnen und  
21 Fahrradfahrern, die im spitzen Winkel Straßenbahngleise queren, welche im Straßenraum  
22 verlegt sind. Da in vielen Fällen keine bauliche Trennung möglich ist, soll stattdessen nach  
23 technischen Möglichkeiten gesucht werden, um dieses Risiko zu vermindern und den Verkehr in  
24 Potsdam fahrradfreundlicher zu gestalten.

1 **Antrag 19/I/2022: Verkehrsraum in der Innenstadt neu denken: Mensch statt Auto**  
2 **Antragstellende Gliederung/ AG: Jusos Potsdam**  
3 **Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung empfohlen**  
4 **Beschluss des Parteitages: in neuer Fassung übernommen**

5  
6 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

7  
8 Die SPD-Stadtfraktion wird aufgefordert, sich innerhalb der Rathauskooperation für den Umbau  
9 der Innenstadt in einen autoärmeren Stadtteil einzusetzen. Dafür sollen die Straßen des  
10 **Holländer Viertels** (Mittelstraße und Benkertstraße) für den durchgehenden und ruhenden  
11 Verkehr gesperrt werden. Damit werden einerseits die denkmalgeschützten Gebäude besser  
12 gewürdigt und andererseits die (touristische) Aufenthaltsqualität diesem Potsdam Wahrzeichen  
13 gesteigert. Die Parkflächen in der Gutenbergstraße (zwischen Hebbelstraße und Friedrich-Ebert-  
14 Straße) sollen den Anwohner\*innen und den Gewerbetreibenden vorbehalten werden.

15  
16 Des Weiteren soll die Friedrich-Ebert-Straße zwischen Nauener Tor und Charlottenstraße für den  
17 Autoverkehr gesperrt werden. Den verbleibenden Straßenraum sollen sich Tram- und  
18 Radverkehr sowie Fußgänger\*innen teilen. Um die Aufenthaltsqualität auf diesem Straßenzug  
19 zu steigern, sollen Bepflanzungen und umfängliche Sitzgelegenheiten geschaffen werden.

20  
21 Wir fordern zudem, die Parkflächen in den Straßenzügen der Zufahrten zur Brandenburger  
22 Straße von der Charlottenstraße und der Gutenberg aus (Lindenstraße und Dortustraße,  
23 Herrmann-Elflein-Straße und Jägerstraße) ausschließlich Anwohner\*innen, Gewerbetreibenden  
24 und Arbeitnehmer\*innen der Brandenburger Straße und der genannten Straßenzüge zur  
25 Verfügung zu stellen.

26  
27 **Begründung:**

28 Jahrelang wurde auch in Potsdam Stadtplanung gegen die **Aufenthaltsqualität** und die  
29 Interessen der Anwohner\*innen gemacht. Viel zu oft wurde und wird innerstädtischer Raum als  
30 Abstellmöglichkeit für Autos wahrgenommen, die die meiste Zeit des Tages im öffentlichen  
31 Raum stehen und in einer wachsenden Stadt wie Potsdam wertvollen Platz verschwenden und  
32 damit menschenfreundliche Nutzungskonzepte unmöglich machen. Viele unkonventionelle  
33 Ideen während der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass Innenstädte mehr Potenziale haben.  
34 Die Erfahrungen aus anderen Städten haben gezeigt, dass v. a. der Innenstadthandel von einer  
35 Verringerung des Individualverkehrs profitiert.

36  
37 Die Lebens- und Aufenthaltsqualität wird im Holländischen Viertel als Ausgehviertel und  
38 touristischer Anziehungspunkt durch die Umwandlung in einen autofreien Bereich noch einmal  
39 gesteigert.

40  
41 Sowohl der fahrende als auch der ruhende Autoverkehr in der Potsdamer Innenstadt stellen für  
42 andere Verkehrsteilnehmende ein zunehmendes Unfallrisiko dar. Die zahlreichen weißen  
43 Fahrräder im Potsdamer Stadtgebiet zeugen von der Gefahr, die Autos darstellen. Aus Gründen

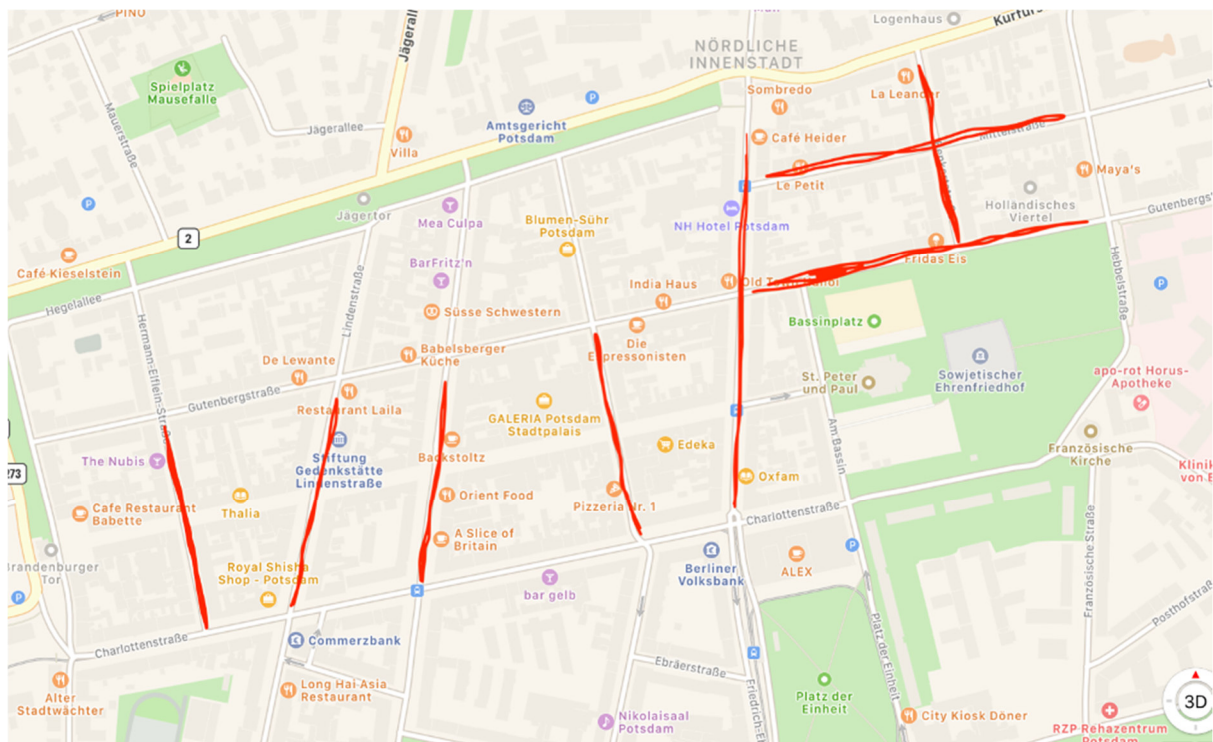
44 der **Verkehrssicherheit** stellen weniger Autos in der Innenstadt ein Sicherheitsgewinn für alle  
45 dar.

46  
47 Das von Gegner:innen häufig angeführte Argument, Maßnahmen wie die Erhöhung der  
48 Parkgebühren seien unsozial, ist vor dem Hintergrund, dass die Haltung eines eigenen Kfz rund  
49 300€ monatlich kostet, nicht haltbar. Für Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen ist  
50 das seit jeher unerreichbarer Luxus. Auch wenn wir die Gebühren für das Anwohnendenparken  
51 erhöhen wollen, soll dies nicht unter Missachtung sozialer Aspekte erfolgen. Dies geschieht  
52 unserer Vorstellung nach künftig nach Fahrzeuggröße.

53  
54 Um mehr Menschen dazu zu veranlassen, das eigene Auto für die Fahrt in die Innenstadt zu  
55 meiden, müssen die **Taktzeiten der Tram- und Buslinien** diesen Anforderungen angepasst  
56 werden. Vor allem für Bewohner der äußeren Stadtteile fährt der ÖPNV zu unregelmäßig und zu  
57 selten, um bisher eine Alternative zu sein. Das neue Buskonzept wird langfristig nicht  
58 ausreichen. Um die Leistungsfähigkeit des Potsdamer Nahverkehrs kurzfristig zu verbessern,  
59 sollte geprüft werden, inwiefern die Einführung von sternförmig Richtung Innenstadt  
60 verlaufenden Expressbuslinien nach dem Vorbild der schon existierenden Linien X5 nach Golm  
61 und X15 zum Schloss Sanssouci. Um nicht noch mehr Verkehr in der Innenstadt zu verursachen,  
62 sollten diese sich möglichst nicht mit anderen Linien (z. B. Tram) überschneiden.

63  
64 **Ergänzung: Rot markiert = für Autoverkehr nicht mehr zugängliche Straßenzüge!**

65



66

67

1 **Antrag 20/I/2022: Auswirkungen des 9-Euro-Tickets auf die Städtischen Verkehrsbetriebe**

2 Antragstellende Gliederung/ AG: AG 60plus

3 Beschluss des Parteitages: angenommen

4

5 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

6 Die SPD Potsdam fordert die Stadtverwaltung auf, eine zeitnahe Auswertung der Auswirkungen  
7 des 9-Euro-Tickets auf den ÖPNV in Potsdam zu erstellen, damit mögliche Konsequenzen für die  
8 zukünftige Gestaltung des innerstädtischen Verkehrs und damit einhergehende Investitions-  
9 und Personalbedarfe gezogen werden können.

10

11 **Begründung**

12 Die dreimonatige Geltungsdauer des 9-Euro-Tickets ist als Probephase für eine neue  
13 Herangehensweise im ÖPNV zu verstehen. Um daraus belastbare Hinweise für die Zukunft zu  
14 gewinnen, ist eine sorgfältige Auswertung der Ergebnisse erforderlich.

## Umwelt und Ordnung

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42

**Antrag 21/1/2022: Dem Müllaufkommen auf öffentlichen und hochfrequentierten Plätzen in Potsdam gerecht werden**

**Antragstellende Gliederung/ AG: OV Potsdam-Mitte/Nord; OV Potsdam-Nord/West; OV Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld**

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme mit Änderung**  
**Beschluss des Parteitages: angenommen**

**Der Unterbezirks-Parteitag möge beschließen:**

Der Unterbezirksvorstand sowie die SPD-Stadtfraktion Potsdam werden aufgefordert, sich für die im folgenden vorgestellten Maßnahmenpakete des Abfallmanagements auf öffentlichen und hochfrequentierten Plätzen in Potsdam einsetzen. Dafür schlagen wir eine App, Müllboxen und mehr Bildung rund um Müllvermeidung und Abfallmanagement vor. Darüber hinaus regen wir an, dass der UB-Vorstand und die SPD-Stadtfraktion weitere Konzepte erarbeiten sollten. Gute Vorbilder gibt es in der eigenen Stadt (Potspresso, Pizza-Sammelboxen der Bürgerstiftung u.v.m.) und z.B. in der Stadt München, siehe Anlage.

Maßnahmenpaket 1: Website/App für die öffentliche Versorgung

Es wird eine Optimierung der App „Echt Potsdam“ der Stadtwerke Potsdam vorgeschlagen. Es könnten, wie beim Münchner „best practice“ Beispiel, Funktionen wie die Anzeige von Toiletten, Abfallcontainern und Grillzonen etc. auf einer Stadtkarte hinzugefügt werden. Zusätzlich sollte die App dann mit Plakaten oder QR-Codes auf öffentlichen Plätzen beworben werden. Die App muss insbesondere für die jüngere Zielgruppe attraktiv gestaltet werden und Inhalte aufweisen, die zum Download animieren.

Maßnahmenpaket 2: Müllboxen

Es wird angestrebt an hochfrequentierten Orten des öffentlichen Lebens besondere Müllcontainer zu installieren, die niederschwellig und einfach die Entsorgung von Pizzakartons, Einmalgrills, Picknickabfällen etc. ermöglichen. Als Beispiel bringen wir hierzu Teile des Münchener Abfallkonzept an. Die Müllboxen (siehe Anlage) bieten genug Platz für den entstehenden Abfall, werden mit Deckeln vor Tieren geschützt und bieten darüber hinaus Erweiterungsmöglichkeiten für Zigarettenabfälle und separate Aschencontainer.

Die Müllboxen sollten im Sichtbereich und in unmittelbarer Nähe zu den Verbraucher:innen installiert werden, damit die Nutzung sichergestellt wird. Eine ausreichend regelmäßige Leerung ist dabei zu gewährleisten.

Des Weiteren unterstützen wir aus ökologischen und sozialen Gründen Kampagnen wie „Pfand gehört daneben“. Daher sollte ein extra Behältnis für Pfandflaschen an die Müllboxen

43 angebracht werden. Je nach Einsatzort oder Nutzung kann Volumen und Konstellation der  
44 Müllboxen variieren, sodass das saubere öffentliche Erscheinungsbild nicht gestört wird.

45

46 Gleichzeitig können die Außenwände der Container ansehnlich gestaltet werden. Hierfür  
47 kommen beispielsweise Plakate mit humoristischen Sprüchen in Frage (s. Anl.). Die Müllboxen  
48 könnten somit auch mit Maßnahmenpaket 1 kombiniert werden.

49

50

51 An den benannten Orten sollten ansprechende Schilder/Plakate (s. Maßnahme 2) installiert  
52 werden, die für eine bewusste Abfallentsorgung im allgemeinen Interesse werben.

53

54 Es können Aktionen und geschickte Marketingkampagnen unter Einbindung aller Betroffenen  
55 organisiert werden, um ein Müllbewusstsein zu fördern. Hierzu kommen beispielweise Sticker  
56 oder Müllsammeltage in Frage.

57

### 58 **Begründung:**

59

60 Es ist zu beobachten, dass es auf öffentlichen und hochfrequentierten Plätzen, wie z.B. dem  
61 Bassinplatz, der Badestelle am Heiligen See oder am Hirtengraben, insbesondere abends zu  
62 einem erhöhtem Müllaufkommen kommt. Hierfür werden vor allem Jugendliche verantwortlich  
63 gemacht, wobei auch andere Menschen dazu beitragen. Letztlich geht es aber nicht darum,  
64 Schuld zuzuweisen, sondern Lösungen für alle zu finden.

65

66 Die derzeitig vorhandenen Müllbehälter eignen sich nicht, um den teils sperrigen Müll, wie  
67 Pizzakartons und Bierflaschen, zu entsorgen. Gleichzeitig besteht teilweise wenig Rücksicht  
68 dafür, den entstandenen Müll richtig zu entsorgen.

69

### 70 **Anlage**

71 Müllboxen in München (mit tiersicheren Deckeln, Flaschensammelboxen etc.)

72



1 **Antrag 22/I/2022: Energiesicherheit / Klimaschutz in Brandenburg**  
2 **Antragsteller: OV Potsdam-Mitte/Nord; OV Potsdam-Nord/West; OV**  
3 **Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld; OV Potsdam-West**  
4 **Empfehlung der Antragskommission: Überweisung Landesparteitag**  
5 **Beschluss des Parteitages: an den Landesparteitag überwiesen**

6  
7 **Der Unterbezirksparteitag Potsdam 2022 möge beschließen:**  
8

- 9 1. Die Vertreterinnen und Vertreter der SPD im Landtag Brandenburg und in den Kreisen und  
10 Kommunen Brandenburgs werden gebeten, sich dafür einzusetzen, dass der Einsatz von  
11 Photovoltaik (PV) im gesamten Land schnellstmöglich signifikant erhöht wird. In der  
12 Flächenkonkurrenz Grünland/Naturraum gegenüber bebauter Fläche ist unbedingt  
13 bebauter Fläche der Vorrang zu geben. Insbesondere ist dafür Sorge zu tragen, dass große  
14 Dachflächen (z. B. Lager- und Fabrikationshallen) zur Energiegewinnung aus PV genutzt  
15 werden. Hierfür sind gegebenenfalls rechtliche Vorkehrungen zu treffen.  
16
- 17 2. Das Brandenburgische Denkmalschutzgesetz ist hinsichtlich der Dachflächen zu ergänzen:  
18
  - 19 ○ Dächer, die keine prominente Position im öffentlichen Raum aufweisen, dürfen mit  
20 Modulen neu eingedeckt werden. Die Gestaltung und Form sind mit der Unteren  
21 Denkmalschutzbehörde abzustimmen.
  - 22 ○ Originale Ziegeleindeckungen sind mit entsprechend gestalteten PV-Modulen  
23 genehmigungsfähig, soweit ihre Sichtbarkeit untergeordnet ist.
- 24 3. Ladestationen für PKW und Fahr- sowie Lastenräder sind zu genehmigen, wenn keine  
25 besonderen bautechnischen Sicherheitsaspekte vorliegen. In diesem Kontext kann auch die  
26 Beratungsstelle der Kommunen TINK zum Einsatz von Lastenrädern konsultiert werden.  
27
- 28 4. Auf Landesebene sollte eine „Steuerungsstelle PV“ geschaffen werden, die auch Leitfäden  
29 und Handlungsempfehlungen für die Kommunen Brandenburgs erarbeiten sollte. Zur  
30 Beratung von Besitzern von Flächen und Gebäuden und zur aktiven Steuerung und  
31 Koordinierung sollten in den Kreisen / Kommunen "Koordinierungsstellen PV" eingerichtet  
32 werden. In Arbeit befindliche bzw. vorhandene Instrumente wie "Solaratlas Brandenburg",  
33 "Energiestrategie Brandenburg 2040", "Energieagentur Brandenburg" sollten entsprechend  
34 weiterentwickelt bzw. ergänzt werden.  
35

36 **Begründung:**  
37

38 Der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine hat erhebliche Auswirkungen auf die  
39 Energieversorgung und die Energiekosten. Hohe Nachzahlungen der Betriebskosten sind zu  
40 erwarten. Zugleich müssen die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Interesse des Klimaschutzes weiter dringend  
41 verringert werden. Das beschäftigt die Brandenburgerinnen und Brandenburger intensiv. Die  
42 Steigerung der Energieunabhängigkeit und die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen durch maximale  
43 Nutzung erneuerbarer Energien (EE) sind darauf die entscheidende Antwort.

44 Bei der installierten Leistung von Windkraft ist Brandenburg dabei bundesweit bereits führend.  
45 Erforderlich ist jetzt ein massiver Ausbau der Photovoltaik (PV). Dies sollte vornehmlich durch die  
46 Nutzung von Dachflächen erfolgen (insbesondere großflächige Hallendächer); für  
47 denkmalgeschützte Gebäude soll die PV-Nutzung auf Dächern erleichtert werden.  
48 Zwar ist Brandenburg mit Erarbeitung des "Solaratlas Brandenburg" und der "Brandenburger  
49 Energiestrategie 2040" - auf dem richtigen Weg. Gleichwohl ließe sich mit einfachen  
50 organisatorischen Mitteln die Geschwindigkeit zur Ausschöpfung der Potenziale bedeutend  
51 erhöhen. Wie der Blick in andere Bundesländer zeigt, ist man teilweise mit dem Angebot von  
52 Leitfäden und Koordinierungsstellen für Kommunen auf Landesebene weiter.  
53 Der Handlungsdruck im Bereich Energiesicherheit, Klimaschutz und Energiekostenbremse  
54 beschleunigt sich aktuell erheblich. Wir sind mit dem Ausbau erneuerbarer Energien in  
55 Brandenburg bereits gut aufgestellt, allerdings könnten und müssen wir noch mehr tun. Neben  
56 dem rechtlich nicht immer einfachen Ausbau der Windenergie bietet sich die verstärkte Nutzung  
57 von Solarenergie in Form von Photovoltaik (PV) an.  
58 Ein Vorteil: Analysen und Instrumente liegen in Brandenburg vor. Ziel ist nunmehr, von  
59 Einzelinitiativen in die Fläche zu gehen. Dabei sollte der Dachnutzung der Freiflächennutzung der  
60 klare Vorrang gegeben werden.  
61 Notwendig ist eine Projektsteuerung auf Landesebene.  
62 Die Auswertung der Erfahrungen mit "Mieterstrom" sollte beschleunigt und dann entsprechend  
63 umgesetzt werden.  
64 Viele Dachflächen befinden sich in Bereichen, die eine Genehmigung der jeweiligen Unteren  
65 Denkmalschutzbehörde erfordern. Die Erfahrung mit genehmigten und abgelehnten Anträgen zu  
66 Dachflächenfenstern zeigt, dass der Ausbau mit Photovoltaik auf entsprechenden Dächern nur  
67 dann zügig möglich ist, wenn das Gesetz hier dem Ausbau eine besondere Priorität zuweist.

1 **Antrag 23/I/2022: 1000-Dächer-Solarprogramm Potsdam**

2 **Antragsteller:** OV Potsdam-Mitte/Nord; OV Potsdam-Nord/West;  
3 OV Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld; OV Potsdam-West

4 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

5 **Beschluss des Parteitages: angenommen**

6

7 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

8

9 Ein 1000-Dächer-Solarprogramm Potsdam ist zu entwickeln. Hierzu werden die Stadtverordneten  
10 der SPD gebeten einen Beschluss herbeizuführen, um die organisatorischen, rechtlichen und  
11 ökonomischen Voraussetzungen zu schaffen, den Bau von Photovoltaikanlagen (PV) auf und an  
12 Gebäuden der Verwaltungen, der städtischen und privaten Unternehmen sowie Privatgebäuden  
13 sowie ggf. auf Freiflächen zielgerecht und koordiniert zu forcieren.

14

15 Hierzu gehören auch die Einrichtung einer kompetenten und leistungsfähigen Koordinierungsstelle  
16 PV (Kommunikation Akteure / Energieagentur Brandenburg); die Erarbeitung von Leitfäden für die  
17 Kommune; die Festlegung von konkreten Ausbauzielen und Evaluierung der Umsetzungsziele. Sie  
18 unterstützt Behörden, Gewerbe und Handel, Wohnungswirtschaft und Private bei der Umsetzung  
19 dezentraler und zentraler Energieversorgungsmodelle, wie beispielsweise Prosuming (also  
20 Mitarbeit des Kunden am Wertschöpfungsprozess) und Eigenversorgung, Mieterstrom, Energy  
21 Sharing, Blockheizkraftwerke etc.

22 Die Koordinierungsstelle könnte als eigenständige Organisationseinheit im Rahmen der  
23 bestehenden Klimaschutzinitiative eingerichtet werden. Fördermittel auf Bundes- und  
24 Landesebene sind zu nutzen.

25

26 Ungenutzte Dachflächen können auch von nicht städtischen Unternehmen mit PV ausgestattet  
27 werden, die sich über einen Anteil aus den Einsparungen finanzieren. Dadurch wird Planungs- und  
28 Verwaltungsaufwand für beispielsweise die ProPotsdam GmbH oder des KIS verringert und es  
29 scheidet dann nicht an fehlendem Personal.

30

31 Der Ausbau von öffentlichen Ladestationen in Potsdam ist zu forcieren und die  
32 kommunalrechtlichen Rahmenbedingungen zur Errichtung von privaten (nicht-öffentlichen)  
33 Ladepunkten zu verbessern, um dem Strombedarf des Verkehrssektors und der erforderlichen  
34 Reduzierung der CO2-Emissionen im Verkehr Potsdams gerecht zu werden.

35

36 **Begründung:**

37

38 Die Bürgerinnen und Bürger bewegen Fragen der Energiesicherheit, der Energiekosten und des  
39 Klimaschutzes derzeit in besonderem Maße. Die Steigerung der Energieunabhängigkeit und die  
40 Senkung der CO2-Emissionen durch maximale Nutzung erneuerbarer Energien (EE) ist darauf die  
41 entscheidende Antwort. Für das Stadtgebiet von Potsdam ist dafür der schnelle und beherrzte  
42 Ausbau mit dem Schwerpunkt von Kapazitäten im Bereich Photovoltaik (PV) auf Dächern, an  
43 Fassaden und auf Parkplätzen erforderlich.

- 44 In Potsdam gibt es bereits verschiedene begrüßenswerte Einzelinitiativen der Stadt oder z.B. des  
45 Energieversorgers, eine Gesamtstrategie, um die vorhandenen Potenziale effektiv und zeitnah zu  
46 heben, steht allerdings noch aus.

## Gleichstellungspolitik

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7

### **Antrag 24/I/2022: Sprachliche Barrieren abbauen**

**Antragsteller: OV Potsdam-Mitte/Nord; OV Potsdam-Nord/West;  
OV Ortsverein Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld**

**Empfehlung der Antragskommission:**

**Beschluss des Parteitages: angenommen**

### **Der Unterbezirksparteitag Potsdam 2022 möge beschließen:**

8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29

1. Im Zuge der Digitalisierung der Verwaltungsdokumente erarbeitet die Verwaltung eine Doppelstruktur im Sprachniveau dieser Dokumente. Ziel ist es, für Antragsformulare und Bescheide eine Kommentarebene zu schaffen, die den sprachlichen Standards der „einfachen Sprache“ entspricht und als solche ausgewiesen ist. Nach dem gleichen Prinzip sind Homepages der Stadtverwaltung zu überarbeiten. Für den Schriftverkehr mit Bürger:innen ist nicht nur die notwendige Sensibilität in der Sachbearbeitung zu schaffen, es ist auch ein Pool an Standardformulierungen anzulegen und in regelmäßigen Abständen zu überarbeiten, der einen schnellen Zugriff der Sachbearbeiter:innen auf dieses Sprachniveau ermöglicht.
2. Für den Abbau sprachlicher Barrieren nicht-deutschsprachiger Menschen in der Kommunikation mit Behörden werden Übersetzungen bereitgestellt in den Sprachen, die den Gruppen von Migrant:innen in Brandenburg entsprechen. Damit sind Externe zu beauftragen, die Ergebnisse ihrer Arbeit sind landesweit allen Landes- und Kommunalbehörden digital zur Verfügung zu stellen. Für diese Aufgabe möge der Landtag die notwendigen finanziellen Mittel bewilligen. Die Entwicklung oder der zentrale Einkauf eines digitalen Übersetzungs-Tools sollte Teil dieser Strategie werden.
3. Darüber hinaus sind soziale Projekte, die dem Abbau sprachlicher Barrieren dienen und insofern wichtige Arbeit in der Gesellschaft leisten, gezielt zu fördern.

### **Begründung:**

30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41

Es ist ein selbstverständliches Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, Anträge, Formulare und andere Dokumente von Behörden sicher zu verstehen, damit die Kommunikation gelingt. Dieses Anliegen haben auch die Behörden selbst, denn es reduziert die Anzahl der kommunikativen Akte, wenn Rückfragen nicht erfolgen müssen, weil die Inhalte der Behördendokumente und des Schriftverkehrs klar und deutlich verständlich sind. Die Verwaltung ist aber juristischer Genauigkeit in der Formulierung verpflichtet, die häufig als schwer verständlich empfunden wird.

Darüber hinaus sollte die Verwaltung gerade in Zeiten, in denen die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund oder Flüchtenden rapide zunimmt, generell darauf hinwirken, Barrieren

42 für die Kommunikation mit den Behörden für Denjenigen abzubauen, die Deutsch erst lernen.  
43 Auch hier gibt es Vorstöße mit Übersetzungen zu arbeiten, die wir begrüßen und weiter fördern  
44 möchten.

45 Die Digitalisierung gibt uns einen guten Rahmen, auch diese Umstellung durchzuführen. Da hier  
46 nicht nur die Prozesse, sondern auch die Inhalte angepasst werden können und die Verbreitung  
47 dieser neuen Inhalte sehr effizient gestaltet werden können – eine Chance der Digitalisierung  
48 von Verwaltung, die wir im Blick haben sollten.

49

50 Behördensprache muss ‚umständlich‘ sein, um präzise alle Umstände des Verwaltungsaktes und  
51 ggfs. der dahinterstehenden Rechtslage zu benennen, darf aber zugleich nicht in der Weise  
52 ‚umständlich‘ sein, dass die Vermittlung der Inhalte durch die Form misslingt. Um diesen  
53 Zielkonflikt aufzulösen – verständlich und einfach zu kommunizieren und dennoch komplexe,  
54 rechtsförmige Sprache zu verwenden – gibt es seit längeren Vorstöße, Dokumente auch in  
55 „einfacher Sprache“ zur Verfügung zu stellen. Wir halten das für den richtigen Weg.

56 Darüber hinaus unterliegt Sprache stets dem Wandel durch ihre Sprechenden, weshalb  
57 Verwaltungssprache zwangsläufig auch veraltet, hat sie ihrer Funktion nach doch eine stärkere  
58 Beharrungskraft. Die Implementierung eines fortlaufenden Prozesses zum Kommentieren der  
59 Dokumente „in einfacher Sprache“ ermöglicht, diese Veraltung fortlaufend auch bewusst zu  
60 machen und die Sprache der Gegenwart anzupassen, wo es die Anforderung an die Genauigkeit  
61 der Dokumente zulässt.

62 Ein weiterer Hinweis: Wir möchten auch darauf hinweisen, dass bei Übersetzungen möglichst  
63 umfänglich die Sprachen aller Migrant:innengruppen zu berücksichtigen sind.

1 **Antrag 25/I/2022: Frauen in der Geschichte Potsdams sichtbar machen**

2 **Antragstellende Gliederung/ AG: Vorstand SPD Potsdam**

3 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

4 **Beschluss des Parteitages: angenommen**

5

6 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

7

8 Die Mitglieder der SPD-Stadtfraktion sollen dazu aufgefordert werden, sich für eine auf die  
9 Geschichte der Frauenbewegung bezogene Erinnerungskultur in Potsdamer Stadtteilen  
10 einzusetzen. Bestehende Initiativen und Institutionen sind dabei einzubeziehen.

11

12 **Begründung:**

13

14 Die erhebliche Unterrepräsentanz von Frauen bei der Vergabe von Straßennamen und Ehrungen  
15 in Potsdam macht es erforderlich, ihrer Würdigung besondere Aufmerksamkeit zukommen zu  
16 lassen. Aufgrund der großen Resonanz der Illumination ‚Potsdamerinnen ins Licht‘ (Frühjahr  
17 2021) in der Potsdamer Innenstadt, bietet es sich jetzt an, das Projekt durch stadtteilnahe  
18 Erinnerungsorte – z.B. durch Projektionen an den jeweiligen Wohnorten herausragender Frauen  
19 zu erweitern, um dadurch auch zu einer Dezentralisierung der Erinnerungskultur beizutragen.

1 **Antrag 26/I/2022: „Luisa“ soll auch nach Potsdam!**

2 **Antragstellende Gliederung/ AG: Jusos Potsdam**

3 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

4 **Beschluss des Parteitages: angenommen**

5

6 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

7

8 Die SPD-Stadtfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass sich die Stadt Potsdam -  
9 beispielsweise in Zusammenarbeit mit dem Frauenzentrum Potsdam - an der „Luisa ist hier!“-  
10 Kampagne zum Schutz von Frauen\* in Bars, Restaurants und Clubs beteiligt.

11

12 **Begründung:**

13

14 Immer wieder werden Frauen\* Opfer sexualisierter Gewalt und/oder Übergriffe. Wie in vielen  
15 gesellschaftlichen Bereichen gehören Grenzüberschreitungen gegenüber Frauen\* in Bars,  
16 Restaurants und Clubs zur bitteren Realität.

17

18 Das Projekt „Luisa ist hier!“ ist eine Initiative der Beratungsstelle Frauen-Notruf Münster, die ein  
19 niedrigschwelliges und diskretes Hilfsangebot für Frauen\*, die sich unwohl, bedrängt, belästigt  
20 oder bedroht fühlen, schafft. Mit der Frage „Ist Luisa hier?“ können sich Betroffene diskret an das  
21 zuvor geschulte Personal beteiligter gastronomischer Betriebe wenden und so ohne weitere  
22 Erklärung oder Rechtfertigung aus unangenehmen Situationen befreit werden und die  
23 individuelle Hilfe bekommen, die sie in der jeweiligen Situation in Anspruch nehmen möchten.  
24 Durch auffällige Plakate, Aufkleber und Flyer werden Gäste der teilnehmenden Gastronomie auf  
25 das Angebot aufmerksam gemacht.

26

27 Mit der Teilnahme an der Kampagne setzt die Landeshauptstadt Potsdam nicht nur ein  
28 öffentlich wirksames Zeichen, dass Belästigung und sexualisierte Gewalt in Potsdam keinen  
29 Platz haben, sondern unterstützt außerdem Frauen\* dabei, sich in Potsdamer Clubs, Bars und  
30 Restaurants sicher zu fühlen. In Zusammenarbeit mit dem Frauenzentrum Potsdam soll die  
31 Landeshauptstadt möglichst viele Gastronom:innen zur Teilnahme motivieren.

1 **Antrag 27/I/2022: Vergessene Frauen in Straßennamen sichtbar machen**

2 **Antragstellende Gliederung/ AG: Jusos Potsdam**

3 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

4 **Beschluss des Parteitages: angenommen**

5

6 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

7

8 Die SPD-Stadtfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass:

- 9 1. bei der Entstehung neuer bzw. der Umbenennung bestehender Plätze und Straßen die  
10 Benennung nach Frauen gegenüber Männern so lange zu bevorzugen, bis das Verhältnis  
11 in der ganzen Stadt ausgeglichen ist. Eine Abweichung davon muss begründet werden  
12 und weibliche Alternativvorschläge enthalten. Geschlechtsneutrale Straßennamen sind  
13 ungeachtet der Regel immer möglich.
- 14 2. der Stadtteil Krampnitz als Modellregion für rein weibliche Straßennamen festgelegt  
15 wird.
- 16 3. unter den Straßenschildern, die nach historischen Frauen benannte Straßen  
17 kennzeichnen, ergänzende Tafeln mit grundlegenden Informationen zu den  
18 namensgebenden Frauen und ihrem Wirken angebracht werden.
- 19 4. gemeinsam mit Historiker\*innen zahlreiche Vorschläge für weibliche Persönlichkeiten  
20 erarbeitet werden, die in den Straßennamenpool aufgenommen werden. Der Fokus  
21 sollte hier auf historische Frauen gelegt werden, deren Wirkung eine Verbindung zu  
22 Potsdam aufweist oder deren Leistungen durch die Bekanntheit ihrer Brüder oder (Ex-)  
23 Partner aktiv unsichtbar gemacht worden sind. Als Beispiele zu nennen sind hier Nannerl  
24 Mozart, Mileva Marić oder Fanny Mendelssohn-Hensel.

25

26 **Begründung:**

27

28 Die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 2015, in den fünf auf den  
29 Beschluss gefolgten Jahren „vorrangig Frauen durch Straßennamen für ihr Wirken in Potsdam“  
30 zu würdigen und das Verfahren nach diesen fünf Jahren zu evaluieren (15/SVV/0047), sowie den  
31 Beschluss, die Straßen in der neu entstehenden Potsdamer Mitte nach Anna Zielenziger, Erika  
32 Wolf und Anna Flügge zu benennen (19/SVV/1168) und diesen Frauen sowie ihrem Wirken  
33 damit die gebührende Sichtbarkeit und Anerkennung in unserer Stadt zu verleihen, begrüßen  
34 wir ausdrücklich. Auch nehmen wir mit Freude wahr, dass immer mal wieder die Aufnahme  
35 historischer Frauen in den Straßennamenpool beschlossen wird (zuletzt: 21/SVV/1068).  
36 Informationen zu der in 15/SVV/0047 beschlossenen Evaluierung und deren Ergebnissen liegen  
37 uns nicht vor.

38 Trotz dieses willkommenen Fortschritts sind in Potsdam immer noch sechsmal so viele Plätze  
39 und Straßen nach Männern als nach Frauen benannt. Diese fehlende Repräsentanz wird weder  
40 den Leistungen historischer Frauen noch den Anforderungen an eine moderne, gleichberechtigte  
41 Stadt gerecht. Und vor allem zeigt dieser Umstand, dass die derzeitigen Beschlüsse und  
42 Maßnahmen nicht ausreichen, um das unausgeglichene Verhältnis in absehbarer Zeit  
43 auszugleichen. Insbesondere die grundsätzliche Bevorzugung historischer Frauen bei der Neu-

44 oder Umbenennung von Straßen und die Ergänzung von grundlegenden Informationen sind  
45 wirksame und verbindliche Instrument, um die Sichtbarkeit von Frauen und ihrem Wirken in der  
46 Stadt zu erhöhen.

## Organisationspolitik

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42

**Antrag 28/1/2022: Für einen solidarischen Wahlkampf und eine paritätisch besetzte**

**Stadtfraktion**

**Antragstellende Gliederung/ AG: Jusos Potsdam, OV Potsdam-Mitte/Nord**

**Empfehlung der Antragskommission: Überweisung an den Unterbezirksvorstand**

**Beschluss des Parteitages: an den UBV überwiesen**

**Der UB-Parteitag möge beschließen:**

Die Zusammensetzung unserer Stadtfraktion mit acht Männern, aber nur drei Frauen macht deutlich, dass paritätische Listen allein noch keine paritätische Fraktion ergeben. Diese muss aber Ziel eines sozialdemokratischen Wahlkampfes sein, der sich Solidarität, Geschlechtergerechtigkeit und Repräsentanz aller stadtgesellschaftlicher Gruppen auf die Fahnen geschrieben hat. Aus den (positiven wie negativen) Erfahrungen der zurückliegenden Kommunalwahlkämpfe sollen deshalb Lehren und Schlüsse gezogen werden, um Konflikten vorzubeugen, einen solidarischen Wahlkampf sicherzustellen und eine geschlechtergerechte SPD-Stadtfraktion zu ermöglichen.

Bei der Festlegung der Wahlkreise werden der Oberbürgermeister als Leiter der Stadtverwaltung, der Unterbezirksvorstand, die Ortsvereine sowie die Stadtfraktion aufgefordert, den Entwurf der Stadtverwaltung dahingehend zu prüfen, inwiefern im Stadtbild bestehende Grenzen (beispielsweise Bahnlinien) korrekt beachtet wurden und einheitliche Wohngebiete im Rahmen der Möglichkeiten in einem Wahlkreis liegen.

Die Listen sind durchgehend und ausnahmslos quotiert und jeweils auf dem ersten Platz mit einer Frau zu besetzen. Bei der Listenaufstellung ist außerdem auf eine möglichst breite Altersdurchmischung zu achten. Auch junge Menschen sollen aussichtsreiche Listenplätze erhalten.

Um diesen Ansprüchen gerecht werden zu können, sollen in allen Wahlkreisen frühzeitig möglichst alle Mitglieder und der Partei nahestehende Personen, insbesondere Frauen, junge Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen, die von mehreren Diskriminierungskategorien betroffen sind, angesprochen, für eine Kandidatur motiviert und bei der Entscheidungsfindung bezüglich einer möglichen Kandidatur von erfahrenen Stadtverordneten mit Auskunft und Rat (u. a. Möglichkeiten und Aufgaben eines\*r Stadtverordneten, Ressourcenaufwand, zu vermeidende Fehler) unterstützt werden. Insbesondere Menschen mit Pflege- und Fürsorgepflichten sollte Unterstützung angeboten werden, denn gerade deren Erfahrung ist in der Politik wichtig. Gemeinsam mit ihnen sollen Strategien entwickelt werden, die das Stadtverordnetenmandat besser mit Pflege- und Fürsorgepflichten vereinbar machen.

In Wahlkreisen, die sich aus mehreren Ortsvereinen zusammensetzen, soll die Listenaufteilung - am besten unter Beteiligung aller Mitglieder - frühzeitig abgestimmt und spätestens das

43 Ergebnis dieser Abstimmung allen Mitgliedern unmittelbar und transparent kommuniziert  
44 werden. Um drohende Konflikte zu identifizieren, zu verhindern bzw. zu lösen, besprechen der  
45 geschäftsführende Unterbezirksvorstand und die Ortsvereinsvorsitzenden ab Beginn der  
46 Vorbereitung in regelmäßigen Treffen den Stand der Listenaufstellung. Gemeinsam gefundene  
47 Ergebnisse werden den Mitgliedern gegenüber transparent gemacht und erklärt. Der  
48 Listenvorschlag des UBV wird allen Mitgliedern unmittelbar bekannt gegeben.

49

50 Die Kampagne und ihre Rahmenbedingungen werden zusätzlich zum regelmäßigen Austausch  
51 in den UBV-Sitzungen im Rahmen einer Klausur des UBV mit den Ortsvereinsvorständen und  
52 den Kandidierenden erarbeitet. Im Rahmen der Kampagnenvorbereitung muss allen  
53 Kandidierenden deutlich kommuniziert werden, mit welchen (gemeinschaftlichen und  
54 individuellen) Materialien und Wegen (beispielsweise Wahlkreis- und Kandidierenden Flyer,  
55 Plakate, Großflächen, Online-Werbung) der Wahlkampf bestritten werden soll und welches  
56 Corporate Design von allen zu verwenden ist. Kreative und neue (auch individuelle)  
57 Wahlkampfaktionen sind in diesem Prozess unbedingt zu unterstützen und dürfen nicht mit  
58 dem Verweis auf vermeintlich bewährte Altpraktiken blockiert werden. Alle Kandidierenden,  
59 Ortsvereine und Wahlkämpfer\*innen verpflichten sich, lediglich in ihrem Wahlkreis und  
60 entsprechend getroffener Absprachen zu agieren.

61

62 Hervorgehoben plakatiert werden grundsätzlich die ersten beiden Plätze eines jeden  
63 Wahlkreises. Zudem sollen Großflächen für Gruppenplakate aller Kandidierenden einer Liste, die  
64 hierauf abgebildet sein möchten, genutzt werden, um auch den hinteren Plätzen und  
65 insbesondere den weiblichen und jungen Kandidierenden Sichtbarkeit in der Stadt zu  
66 verschaffen, ohne die Bürger:innen mit zu vielen verschiedenen Kandidierenden zu überfordern  
67 und ggf. abzuschrecken. Der Unterbezirk meldet eine entsprechende Anzahl von Plakaten bei der  
68 Stadt an - alle darin nicht enthaltenen Plakate, Plakate mit falschem Impressum oder im falschen  
69 Wahlkreis gehangenen Plakate werden von der SPD wieder entfernt.

70

71 Im Wahlkampf ist in den Ortsvereinen darauf zu achten, dass Aufgaben rechtzeitig und  
72 transparent abgesprochen und (finanzielle wie zeitliche) Ressourcen solidarisch entsprechend  
73 der individuellen Möglichkeiten aufgeteilt werden. Für die Kandidierenden wichtige  
74 Wahlkampftermine werden so frühzeitig wie möglich bekannt gegeben, um diese nicht nur mit  
75 einer\*m inhaltlich geeigneten Vertreter\*in, sondern auch geschlechter- und  
76 generationengerecht besetzen zu können.

77

### 78 **Begründung:**

79

80 In vergangenen Kommunalwahlkämpfen sind an verschiedenen Stellen Auseinandersetzungen  
81 infolge intransparenter Informationsflüsse und unterschiedlicher Wahrnehmungen zu  
82 getroffenen Absprachen aufgetreten, die alle Beteiligten viel wertvolle Zeit, Energie und  
83 Motivation gekostet haben. Außerdem haben diese Kommunikationsdefizite und mangelnden  
84 Absprachen, die in teils sehr unterschiedlichen Wahlkampfstilen resultierten, und das  
85 Wahlergebnis, das sich in einer unzufriedenstellend geringen Repräsentanz von Frauen in der

86 Stadtfraktion niederschlägt, teils große Frustration besonders bei weiblichen Kandidierenden  
87 und Wahlkämpfer\*innen verursacht. Dies darf sich nicht wiederholen. Denn wir wollen eine  
88 Partei sein, die Parität nicht nur proklamiert, sondern diese auch lebt.  
89 Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen sollen Frauen und junge Menschen motiviert werden,  
90 sich für ein Stadtverordnetenmandat zu bewerben, und bei der Erreichung dieses Mandats  
91 unterstützt werden. Ohne einen Eingriff in das Kommunalwahlsystem darzustellen, tragen die  
92 vorgeschlagenen Maßnahmen – und vor allem das Bekenntnis zu transparenter und klarer  
93 Kommunikation – zu einem rücksichtsvollen und verlässlichen Umgang miteinander und damit  
94 insgesamt zu einem solidarischen und konfliktärmeren Wahlkampf bei. Ziel dieses solidarischen  
95 und frauenfördernden Wahlkampfes ist eine der Sozialdemokratie angemessen paritätisch  
96 zusammengesetzte Stadtfraktion, die eine moderne Partei repräsentiert und dadurch auch mehr  
97 Frauen und junge Menschen als Wähler\*innen und potenzielle Mitglieder  
98